

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2.60 Mark.

Stuttgart
24. April 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Rüsten wir! — Maigedanken. Von Gertrud Hanna. — Schutz der nationalen Arbeit. Von Luise Zieg. — Der erste Mai im Jarenreich. Von Alexandra Kollontaj. — Die Bedeutung des Achtfundentags für die Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe. — Für die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung. Von Gustav Hoch. — Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und der Achtfundentag. Von Mathilde Wurm. — Was fordern die Hausangestellten von der Gesetzgebung? Von Helene Grünberg.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht der Kinderschuttkommission Leipzig. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von h. j.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

Rüsten wir!

Kampf auf Tod und Leben dem Kapitalismus als der Ordnung, die ihre Existenz und ihre Blüte aus der Abwürgung schöpferischer Kräfte saugt, das ist der Schwur, den das Proletariat der ganzen Welt am 1. Mai leistet. Darum tritt neben der Forderung einer wirksamen sozialen Reformgesetzgebung die Lösung in den Vordergrund: Krieg dem Kriege! Vorwärts gegen Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik!

Was anders denn ist die soziale Reformgesetzgebung, ist insbesondere ein durchgreifender gesetzlicher Arbeiterschutz, dessen tragender Pfeiler der Achtfundentag sein muß, als das Eingeständnis, daß die ausbeutenden Klassen in ihrem blindwütigen Profitbegehren die Arbeitskraft bis zur Vernichtung auspressen? Fühllos stampfen sie alle Rücksicht darauf unter die Füße, daß die Ware Arbeitskraft sich von dem übrigen Warenpöbel unterscheidet, weil lebendiges Menschentum unlösbar an ihr hängt und mit ihr durch die Lohnsklaverei erniedrigt und zertreten wird. Die 9000 Tote und mehr als eine halbe Million Verwundeter, die durchschnittlich jahraus jahrein auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen; die Hunderttausende, die Opfer der Schwindsucht und eines Heeres von Berufskrankheiten werden; die zahllosen Kinder, die als Nachkömmlinge ausgebeuteter Eltern schon vor der Geburt verdammt sind zu sterben und zu verderben: sünden es den Habenichtsen mit furchtbarer Eindringlichkeit, daß es Blut ist, ihr eigenes Blut, das den gleißenden Goldstrom des kapitalistischen Mehrwertes anschwellen macht und vorwärtstreibt. Und ist es denn das leibliche Leben allein, das der Proletarier für einen erbärmlichen Lohn in Sklaverei und Tod verkauft? Die Menge der seelischen Kräfte, die in der Treitmühle der kapitalistischen Plusmacherei zermalmte werden, denen die Gesellschaft des bürgerlichen Eigentums nährendes Erdreich, wärmende Sonne und erquickenden Tau vorenthält, spottet auch nur einer annähernden Schätzung. Sie sind so zahllos wie die Pflanzensamen, die in verchwenderischer Fülle entstehen, um zu verwehen und zu verwesen, ohne geerntet, ohne Wurzeln und Blätter getrieben zu haben.

Das dreiföpfige Ungeheuer des Militarismus, Marinismus und der Kolonialpolitik, das aus dem Schoße der kapitalistischen Ordnung geboren worden ist, offenbart in anderer Gestalt die

Vergeudung und Verwüstung fruchtbaren Lebens, die zu den hervorstreichendsten Wesenszügen eben dieser Ordnung gehört.

Die kapitalistischen Länder starren in Waffen, die Völker, die in den Bannkreis der kapitalistischen Kultur gezogen worden sind, drohen unter der unaufhaltsam wachsenden Last der Rüstungen zusammenzubrechen. Das Deutsche Reich allein, das 1872 für Heer, Marine, Militärpensionen und Verzinsung seiner Schuld 302 Millionen Mark verausgabte, muß im laufenden Jahre 1453 Millionen Mark für diese Zwecke aufwenden. Nach dem österreichischen Professor Kobatsch verschlingen die Rüstungsausgaben aller Länder zusammen jährlich 10 Milliarden Mark, die der europäischen Staaten allein 7 Milliarden. Diese Summe — ein Märchen nach ihrer Höhe, ein Verbrechen nach ihrem Ursprung, denn der Mund- und Kulturraub des Zoll- und Steuerwuchers an den Armen und Armsten bringt sie in der Hauptsache zusammen — erschöpft aber keineswegs die Vergeudung von Mitteln. Es müssen den 7 Milliarden hinzugefügt werden 6 Milliarden an Jahreszinsen für die Besitzenden, die dem Vater Staat in den einzelnen Ländern pumpten, damit er die in ihrem Interesse liegenden Rüstungen durchzuführen vermochte; ferner 5 Milliarden an Arbeitsausfall der aktiven Soldaten. Millionen junger Männer in der Blüte ihrer Kraft und Leistungstüchtigkeit sind ja der schaffenden, nährenden Arbeit entzogen, ihre Tage vergehen in den Kasernen und auf den Panzerkolossen der Kriegesflotte beim Drill, der den Geist lähmt, den Charakter bricht, kurz den Menschen tötet, um uns das geschickte und gefügige lebendige Nordwerkzeug fremden befehlenden Willens übrig zu lassen. In Deutschland allein sind es ihrer im Jahre rund 700 000 — der erdrückenden Mehrzahl nach Proletarier —, die, statt den Reichtum der Gesellschaft zu mehren, unproduktiv von ihm zehren. Geniale Forscher und Erfinder zermartern ihr Hirn, um Kräfte zu entdecken, Waffen, Maschinen, Methoden zu erklügeln, die zu Land und zu Wasser, die aus den Lüften herab Menschen und was Menschenhand schuf, im Nu und in Masse dahinmähren. Phantastische Ansammlungen von menschlichen und sachlichen Produktivkräften sind es, die der „bewaffnete Friede“ der kapitalistischen Ordnung der materiellen und kulturellen Arbeit entfremdet, die er fesselt und vertut, während der Hunger und die Bildungssehnsucht von Millionen und aber Millionen vergeblich ihre Stimme erheben.

Dürfen wir jedoch in den Zeitläuften des triumphierenden Imperialismus, der Ausbeutungs- und abenteuerlichen Weltmachtspolitik der besitzenden Klassen, auch mit Recht von einem „bewaffneten Frieden“ sprechen? Welche Ströme von Blut hat diese Politik nur seit der Jahrhundertwende vergossen und wieviel Hunderte, Tausende von Millionen schändlich verschwendet, um Mord, Zerstörung, Knechtschaft, Plünderung über den Erdball zu tragen? Kurz ehe das zwanzigste Jahrhundert anhebt, kommt es zum blutigen Ringen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien um Kuba; der Burenkrieg bricht aus, und die vergifteten Dum-Dumgeschosse, die mörderischen Konzentrationslager lassen den Glauben an die Freiheits- und Friedensliebe, an die Humanität des bibelfesten bürgerlichen Englands wie Spinnweben zerflattern. Rasch reiht sich der Sonnenfeldzug

der Deutschen nach China an, dem Pfarrer Naumann als Verkünder evangelischen Christentums und demokratischer Gesinnung in der Pose des ästhetischen Übermenschen die Parole zuruft: „Pardon wird nicht gegeben!“ Lange ehe die Gebeine der Gefallenen vermodert sind, übergipfelt der Kampf zwischen Rußland und Japan mit seinen Greueln den völkermörderischen Schrecken der Vergangenheit. Dazwischen und bis in unsere Tage hinein bluttriefende Expeditionen in Kolonialländer — wie die der Deutschen gegen die Hereros —, um Eingeborenen den letzten Felsen Land zu entreißen, die Reste ihres Viehstandes zu rauben und sie als Zerstörte mit den scrupellosesten, barbarischsten Methoden den Interessen kapitalistischer Oligarchen und tributpflichtig zu machen.

All das gibt in seiner Gesamtheit eine Ahnung von dem häßlichen Zerstörungswerk eines Weltkriegs, der am Himmel der kapitalistischen Ordnung einer Gewitterwolke gleich steht, die nur vom Sturmwind der sozialen Revolution weggesegt werden kann. Die kapitalistische Ordnung vernichtet in ihrem alltäglichen Lauf binnen einer kurzen Spanne in raffiniert heuchlerischen Formen unendlich mehr Kulturwerte an Menschen und Dingen als plündernde Bandalen und Normannen, als die Europa überschwemmenden Hunnen, Tataren und Türken zusammen in hüllenloser Barbarei das getan haben.

In seinen Kinderjahren lechzte der Kapitalismus danach, alle sozialen Bindungen zu sprengen, die sich der Eingliederung ungezählter Scharen in die neue Produktionsweise widersetzen. In England genügt ihm nicht das Banernlegen der feudalen Herren, um sein Ausbeutungs- und Ausdehnungsbedürfnis zu stillen. Er füllt seine Betriebe, indem er die Blutgefäße schafft, die Tausende der Armen- und Waisenhäuser als seine Lohnflotten hinwegführt. Jeder nicht ihm Frondende — vom Kind bis zum Greis — erscheint ihm als ein Verschwender, ein Räuber an jenem kapitalistischen Eigentum und Mehrwert, die die bürgerliche Wissenschaft ebenso dreist wie verlogen als „Nationalreichtum“ bezeichnet. Der reise Kapitalismus dagegen hat nicht genug an der industriellen Reservearmee, diesem Konzentrationslager ungenutzter Kräfte, die feiern und hungern muß, weil ihre Verwendung den Ausbeutern in einem gegebenen Augenblick nicht profitreich erscheint und die dank ihres Glanzes den Kämpfen des frondenden Proletariats für bessere Arbeitsbedingungen entgegenwirkt. Durch das militaristische Geschwiffler läßt er Millionen der Leistungsfähigsten aus dem Getriebe seiner Wirtschaft reißen und zwingt die Ausbeuteten, sie als unproduktive Verzehrter zu erhalten. An dem Eingangstor der kapitalistischen Entwicklung erlöht auch für die besitzenden Klassen, ja gerade besonders für sie, jene Predigt strengster Sparsamkeit — als einer Stufe des Aufstiegs zu Reichtum und Ansehen, die heute nur noch die Zugabe zu den Hungerlöhnen der Enterbten zu sein pflegt. Auf der Höhe seiner Machtentfaltung übt der Kapitalismus in Gestalt der unproduktiven Rüstungsausgaben die tollhändlerische Verschwendung, welche die Geschichte kennt. „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode.“ Die Methode einer ausbeuterischen, knechtenden Gesellschaftsordnung, die unter dem Walle imperialistischer sprengender Kräfte in allen Fugen kracht und die von ihren Ruhnießern um jeden Preis erhalten werden soll. In der Tat erklärt sich der militaristische Verschwendungskoller der kapitalistischen Welt heute nicht bloß durch die üppigen Profite, welche bestimmten kapitalistischen Mächtigern dank der Rüstungen, Kriege und Kolonialzüge in den Schoß fallen, durch die „gute und sichere Kapitalanlage“ — wie Freiherr von Stumm seinerzeit ausplauderte —, die im Zusammenhang mit dem Militarismus und Imperialismus wachsende staatliche Mißenanleihen darbieten, durch den Hinblick auf die „gezogenen Kanonen“, als dem letzten Mittel der Staatsräson gegen die „ungezogenen“ Massen des „inneren“ Feindes. Die treibende Kraft dieser Umstände wird bei weitem übertroffen durch die zwingende Wucht einer anderen Tatsache. In dem gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung vermag die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr der riesigen Produktivkräfte Herr zu werden, die in ihrem Schoße herangewachsen sind. Das schöpferische Spiel dieser Kräfte kann nicht mehr dem kapitalistischen

Mehrwert nutzbar gemacht werden, er muß vielmehr die soziale Ordnung sprengen, die ihn erzeugt und ihm Rechtskraft verleiht. Wie in den Krisen periodisch, so werden durch Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik ständig menschliche und sachliche Produktivkräfte außer Tätigkeit gesetzt, gelähmt, vernichtet, die die ausbeutenden und herrschenden Klassen nicht mehr zu bändigen vermögen. Rüstungswahnsinn und Imperialismus sind Beweise, daß die Produktionskräfte gegen die kapitalistische Produktionsweise, die bürgerliche Eigentumsform rebellieren. Was den ausgebeuteten Massen als wahnwitziges, kulturmörderisches Vergewaltigungsspiel erscheint, ist vom Standpunkt eben dieser Klassen aus ein Mittel, die Lebensdauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern. Aus diesem Zusammenhang der Dinge heraus muß das glatt ablehnende Nein gewürdigt werden, welches der Kanzler des Deutschen Reiches am Vorabend der proletarischen Weltkundgebung für den Frieden dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einschränkung der Rüstungen entgegengesetzt hat. Es war der internationale Kapitalismus selbst, der durch den Mund des dürren Bürokraten geantwortet hat, und so ist denn auch dessen Erklärung in allen großen kapitalistischen Ländern von den ausschlaggebenden herrschenden Schichten mit jubelnder, verzückter Zustimmung begrüßt worden. Die kapitalistischen Staaten werden so wenig auf ihren Rüstungswahnsinn verzichten, als ein Lebenshungriger, dem vor dem Tode graust, etwa den Nagel selbst einschlägt, an dem sich aufzuhängen ein lachender Erbe ihn freundlich auffordert.

So schart sich das revolutionäre Proletariat um den Maibaum des internationalen Sozialismus ohne Selbsttäuschung darüber, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft der einzige entschlossene und machtvolle Kämpfer gegen Rüstungstollheit und Kriegsgreuel ist — gegen den Schrecken ohne Ende und das Ende mit Schrecken. Seinem Kampfe gegen Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik erwächst neue Freudigkeit aus der Erkenntnis, daß das Rüstungs- und Kriegssieber, welches die kapitalistischen Staaten schüttelt, wie die Anhäufung des Kapitals in immer weniger Händen die weltgeschichtliche Stunde kündigt, in welcher der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden muß, die Ordnung der Massenvernichtung wirkender Kräfte durch die Ordnung der freien Lebensentfaltung. Von dem Bewußtsein seiner Macht und der Brüderlichkeit der Ausbeuteten aller Länder, der Gemeinsamkeit ihres Zieles und Kampfes durchdrungen, schickt sich das Proletariat allerwärts zur Maiseier an als zu einer Generalprobe seiner Entschlossenheit, die breite Brust dem Rüstungs- und Eroberungswahnsinn der herrschenden Klassen entgegenzustemmen. Es schließt seine Reihen und prüft seine Waffen. Den Todfeind zur Abrüstung zwingen, taugt nur ein Mittel: das zielklare trotzigste Rufen zum unveröhnlichen Klassenkampf. Rufen wir!

Maigedanken.

Welcher Arbeiterin wird nicht das Herz höher schlagen, wenn am 1. Mai jedes Jahres aufs neue die Forderung auf Einführung des Achtstundentags erhoben wird? Gerade die Berufe mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft sind ja noch weit davon entfernt, der von der Gesetzgebung geforderten Festlegung des Maximalarbeitstags auf acht Stunden täglich durch die Selbsthilfe mittels der Organisation nahe zu kommen.

Trotzdem für Arbeiterinnen bestimmter Betriebe — bei weitem nicht für die Gesamtheit — ein gesetzlich vorgeschriebener Maximalarbeitsstag besteht, der zehn Stunden täglich und an Sonntagen und Vorabenden von Festtagen acht Stunden nicht übersteigen darf, herrscht die längste Arbeitszeit in solchen Berufen, in denen Arbeiterinnen in großer Zahl beschäftigt werden. Ja selbst da, wo die organisierte Arbeiterschaft für verkürzte Arbeitszeit erfolgreich eingetreten ist, wo in der Folge die gesetzlichen Vorschriften längst überholt sind, haben die Arbeiterinnen häufig einen längeren Arbeitstag als die übrigen Beschäftigten. Die Fälle sind gar nicht selten, wo Arbeiterinnen vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit und nach ihrer Beendigung Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten verrichten müssen.

Gerade für die Arbeiterinnen wäre jedoch verkürzte Arbeitszeit aus verschiedenen Gründen äußerst wertvoll. Es sind zum größten Teil rein mechanische Arbeiten, sich immer gleichbleibende und mit jedem Handgriff wiederholende Verrichtungen, welche im Erwerbsleben von den Arbeiterinnen getan werden müssen. Solche Arbeit wirkt geisttötend, abstumpfend. Die Arbeiterin wird bei derartiger Tätigkeit an der Maschine selbst mit zur Maschine, zumal weil in den meisten Fällen die Arbeit ihrerseits ein Denken zwar nicht erfordert, aber doch verlangt, daß die Maschine Bedienenden mit den Gedanken ganz bei ihrer Arbeit sind.

Um den Schädigungen wirksam zu begegnen, die der Arbeiterklasse in körperlicher wie geistiger Beziehung durch die kapitalistisch ausgebeutete Erwerbsarbeit erwachsen, fehlt es aber gerade den Arbeiterinnen an Zeit. Soweit sie verheiratet sind, wartet ihrer nach der Erwerbsarbeit die Hausarbeit und die Pflichten, die sie als Gattin und Mutter zu erfüllen haben. Hausarbeit oder doch wenigstens Hilfe bei ihr wird auch fast allgemein von den ledigen Arbeiterinnen als etwas ganz Selbstverständliches verlangt. Wo bleibt da für die weibliche Arbeiterschaft die Zeit zur geistigen Fortbildung? Wo bleibt die Möglichkeit, zur Erkenntnis ihrer mißlichen Lage zu kommen? Eine Erkenntnis, die doch die Voraussetzung ist, sich aus ihr zu befreien.

Mehr noch als für die Arbeiterklasse im allgemeinen bedeutet für die Arbeiterinnen Zeit gewinnen, alles gewinnen. Wohl wird die Beschäftigung der einzelnen in der arbeitsfreien Zeit je nach individueller Veranlagung und Gelegenheit verschieden sein. Überall aber ist bis jetzt als Folge verkürzter Arbeitszeit ein körperlicher und geistiger Aufstiege der Arbeiterschaft zu verzeichnen gewesen. Denkende Menschen haben es immer als unwürdig empfunden, Ausbeutungsobjekte zu sein, und haben gegen Ausbeutung und Ausbeutungsordnung angekämpft. Dies ist der Grund, warum Hand in Hand mit verkürzter Arbeitszeit stets Verbesserungen der sonstigen Arbeitsbedingungen gegangen sind. Umgekehrt herrschen in den Berufen mit langer Arbeitszeit auch sonst die ungünstigsten Arbeitsbedingungen. Ein Schulbeispiel dafür ist die Heimarbeit, für welche die geltenden gesetzlichen Bestimmungen keine Regelung und keine Kontrolle der Arbeitsbedingungen festgesetzt haben. In richtiger Erkenntnis der Sachlage sträubt sich das Unternehmertum deshalb gegen die Verkürzung der Arbeitszeit mehr noch als gegen Zugeständnisse in bezug auf Erhöhung der Löhne. Die Verkürzung des Arbeitstags aber würde gerade den Arbeiterinnen Gelegenheit geben, ihre Klassenlage zu erkennen und dieser Erkenntnis entsprechend zu handeln. Dadurch müßte der gesamten Arbeiterklasse eine wertvolle Bundesgenossenschaft erwachsen, denn bei der großen Zahl beschäftigter Arbeiterinnen wird es immer dringender, daß auch diese mit den Männern zusammen Arbeit und Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Befreiung vom Joch der Lohnsklaverei tragen.

Daß die Einführung des Normalarbeitstags, wie ihn die Arbeiterklasse fordert, auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus bitter not tut, bedarf wohl keines besonderen Beweises. Erwähnt sei nur, daß nach den Erhebungen die größte Zahl der Unfälle auf Berufe mit langer Arbeitszeit und innerhalb ihrer auf die letzten Stunden der Tagesarbeit entfällt. In dieser Richtung sowie als Gegengewicht gegen sonstige gesundheitliche Schädigungen, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihre Tätigkeit ausgesetzt sind, würde freie Zeit von günstigem Einfluß auf die körperliche und mithin auch auf die geistige Entwicklung der Arbeiterklasse sein.

Es mangelt den Arbeiterinnen wahrhaftig nicht an der Fähigkeit, eine höhere geistige Stufe der Entwicklung zu erklimmen, sondern es fehlt ihnen an der Gelegenheit dazu. Diese wird ihnen genommen durch die kapitalistische Ordnung, welche Verhältnisse schafft, denen zufolge den weiblichen Besitzlosen doppelte und dreifache Pflichten auferlegt sind. Deshalb wiederholen wir: Zeit gewinnen, heißt für die Arbeiterinnen alles gewinnen. Der Achtstundentag würde viel dazu beitragen, daß auch die weiblichen Ausgebeuteten die Bedeutung des Kampfes der

Arbeiterklasse um wirtschaftliche und politische Freiheit erkennen, daß Arbeiterinnen in Massen sich dem Heere der Kämpfer einreihen, die dem Proletariat eine glücklichere Zukunft erobern.
Gertrud Hanna.

Schutz der nationalen Arbeit.

Die deutsche Zoll- und Steuerpolitik bedeute in erster Linie „Schutz der nationalen Arbeit“, das ist die verlogene Phrase, mit der man bürgerlicherseits die volkschädigenden Folgen der wucherischen Zoll- und Steuerpolitik zu bemänteln sucht. Untersuchen wir, worin dieser „Schutz“ besteht: der Zoll auf das Brotgetreide beträgt pro Tonne Roggen 50 Mk., pro Tonne Weizen 55 Mk. Um diese Summe wird uns also jede Tonne ausländisches Brotgetreide verteuert.

Durch das skandalöse System der Einfuhrschiene wird den Großgrundbesitzern und Kornerporteurern eine hohe Ausfuhrprämie für ausgeführtes deutsches Korn gezahlt, wird gleichzeitig der deutsche Markt so weit vom inländischen Getreide entblößt, bis dessen Preis um die volle Höhe des Zolles gestiegen ist. Die Folge davon: Jedes Kilo Roggenbrot wird um 5,8 Pf. und jedes Kilo Weizenbrot um 6,4 Pf. verteuert. 14 Tage hat ein Arbeiter, der eine Durchschnittsfamilie zu ernähren hat, nach den Berechnungen eines bürgerlichen Professors zu arbeiten, um den Zoll zu verdienen, der auf dem Brotlohn für seine Familie ruht! Ein wunderbarer „Schutz“ der Arbeit!

Der Zoll auf den Doppelzentner ausländisches Fleisch beträgt 35 Mk., auf Speck 36 Mk. Durch Grenzsperrn, schifanöse Einfuhrbestimmungen wird die auswärtige Konkurrenz so weit vom deutschen Fleisch- und Viehmarkt ferngehalten, daß es dem deutschen Viehzüchter gelingt, Vieh und Fleisch enorm im Preise in die Höhe zu treiben. Für den Arbeiter bedeutet diese Tatsache, daß er seine Arbeitsleistung vergrößern muß, um das Mehr an Verdienst zu erschwingen, das durch die erhöhten Ausgaben für Brot und Fleisch notwendig wird, oder — seine Lebenshaltung verschlechtern und damit seiner Gesundheit schaden und seine Arbeitsfähigkeit vermindern. Nun sind aber, wie allbekannt, nicht nur Fleisch und Brot, sondern fast alle Nahrungsmittel, dazu Kleidungsstücke, Hausgeräte usw. durch indirekte Steuern und Zölle verteuert, und dies in einem Maße, daß außer der Einkommensteuer 94 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung entfallen.

Die so stark gesteigerten Ausgaben der Arbeiterfamilie treiben Weib und Kind des Arbeiters in den tosenden Daseinskampf, in die Erwerbsarbeit. Circa vier Millionen verheirateter Frauen wurden 1907 unter den weiblichen Erwerbstätigen Deutschlands gezählt. Die kapitalistische Ausbeutung zehrt am Mark ihrer Knochen, vergiftet und tötet Kinder im Mutterleib, reißt sie von der Mutterbrust, daß sie alsbald dahinstechen, oder sie vergiftet die Säfte des weiblichen Körpers, so daß der Säugling sich den Tod aus der Brust der Mutter trinkt. Hekatomben von Säuglingsleichen beweisen alljährlich, wie herrlich weit bei uns der „Schutz nationaler Arbeit“ gediehen ist!

Die Statistiken der Krankenkassen und der Unfallversicherung erhärten die gleiche Tatsache für die Erwachsenen. Die Berufs- und Gewerbezahlung verzeichnet, wie die Zahl der Jugendlichen sich bei der gesetzlich erlaubten Erwerbsarbeit vergrößert hat, und die Berichte unserer Kinderschuttkommissionen und jene der Fabrikinspektoren belehren uns darüber, in welchem Umfang die gesetzwidrige Arbeit der Kinder und der jungen Leute gestiegen ist.

Trotzdem so, von der Not gestachelt, alle Glieder der Arbeiterfamilie schaffen, um leben zu können, mußte die Zentrale für Volkswohlfahrt für 1908 feststellen, daß in den Volksschulen der deutschen Städte im Sommer 22000, im Winter 36000 Kinder ohne Frühstücksbrot und 179000 Kinder ohne warmes Mittagbrot gezählt wurden. Welch furchtbare Anlage gegen die heutige Gesellschaft, die ihre Kinder hungern läßt!

Hohe Lebensmittelpreise vergrößern die Zahl der Töchter des Volkes, die, von der mannigfachen Not des Lebens heim-

gesucht, in die Sümpfe der Prostitution geraten, die darin untergehen, sterben und verderben. — Die Kriminalstatistik erweist mit erschreckender Deutlichkeit, in welchem Maße die Zahl jener Unglücklichen zunimmt, die durch das Elend auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden, sobald die Brotpreise anziehen. Einige Rahlm mögen das er härten.

Im Jahre 1882 hatten wir einen Weizenpreis von 204 Mk. pro Tonne, einen Roggenpreis von 153 Mk., und die Zahl der Diebstähle betrug 103050.

Im Jahre 1887 stellte sich der Preis für Weizen auf 164 Mark, für Roggen auf 120 Mk., die Zahl der Diebstähle sank auf 85407.

Im Jahre 1892 betrug der Preis des Weizens 176 Mk., des Roggens ebensoviel, die Zahl der Diebstähle stieg wieder auf 109195.

Im Jahre 1908 kostete der Weizen 211 Mk., der Roggen 186 Mk., und die Zahl der Diebstähle wuchs auf 115974. Die wenigen, mühsam ersparten Groschen, die sonst eine Arbeiterfamilie zurücklegen könnte für Erholungs- und Bildungszwecke, werden durch die Teuerungspreise mitverschlungen, also auch nach dieser Richtung wird der Kulturfortschritt gehemmt. Doch noch in anderer Weise vermehrt die Zoll- und Steuerpolitik die Geißelhiebe, die dank der kapitalistischen Ausbeutung ohnehin in reichlicher Anzahl auf den Rücken der Arbeiter und Arbeiterinnen niedersausen.

Der Schutz Zoll auf unsere Industrieprodukte hält den deutschen Fabrikanten die auswärtigen Konkurrenten vom Hals und erleichtert ihren Zusammenschluß zu Kartellen und Ringen. Nach erfolgtem Zusammenschluß geht es an ein Schröpfen der heimischen Konsumenten durch Hinaustreiben der Preise bis zur ungefähren Höhe des Zolles. Das Preissteigern füllt den Industriellen die Taschen, leert aber jene der Verbraucher. Durch den festen Zusammenschluß der kartellierten Unternehmer wird den Arbeitern zudem jeder Lohnkampf und damit jede Lohnerhöhung ungemein erschwert, haben sie es dann doch gleichsam mit einem einzigen Riesenunternehmen zu tun, das seine Polypenarme über das ganze Reich erstreckt, das sie vermittels der Schwarzen Listen von Ort zu Ort hegt und sie zur Unterordnung zwingt oder — sie dem Hunger oder dem Verbrechen überantwortet.

Nicht genug also, daß die Zollpolitik die Arbeiter um die Früchte wirtschaftlicher Kämpfe bringt, sie erschwert auch diese Kämpfe. Hinzu kommt noch, daß die Preispolitik der Kartelle, die sich eines hohen Schutzzolles für ihre Produkte erfreuen, in vielen Fällen die Arbeitsgelegenheit aus dem Lande treibt. Das geschieht dort, wo die Produkte der Kartelle, die im Inland zu den hochgeschraubten Preisen nicht abgesetzt werden, zu Schleppepreisen ins Ausland gehen. Sind diese Produkte für andere Industrielle Rohprodukte, wie zum Beispiel Stahl und Eisen, so erwächst den deutschen Fabrikanten von Maschinen und anderen Waren durch diese Preispolitik eine empfindliche Konkurrenz im Ausland, und in vielen Fällen verlegen sie ihre eigenen Unternehmungen nach jenseits der Grenze, und — der deutsche Arbeiter ist um seine Arbeitsgelegenheit gekommen. Ganz zu schweigen von der Brotlosmachung jener Arbeiter und Arbeiterinnen, die ein Opfer der Tabak- und Streichholzsteuern wurden, weil infolge der Steuererhöhungen der Konsum dieser Artikel zurückging. —

Großer materieller Besitz, der für die Herrschenden aus der Zollpolitik fließt, erhöht jedoch nicht nur die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen und agrarischen Kreise, sondern auch ihren politischen Einfluß und noch mehr ihr Machtbewußtsein und ihre Machtgelüste. Dieselben Kreise, die ihren Riesenvorteil aus der wucherischen deutschen Zoll- und Steuerpolitik ziehen, sind es denn auch, die als die schlimmsten Scharfmachercliquen anzusprechen sind. Sie setzen nicht nur alles daran, um jeden wirklichen Schutz nationaler Arbeit, das heißt jede gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, jeden Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung zu hintertreiben, sondern sie suchen auch die Arbeiterklasse jener Waffen zu berauben, mit deren Hilfe sie sich eine hellere Gegenwart und eine sonnigere Zu-

kunft zu erkämpfen bemüht sind: des Koalitionsrechts und des Wahlrechts. Erklärlich genug. Sehen die Kreise der Scharfmacher doch, daß das klassenbewußte Proletariat von Tag zu Tag besser lernt, diese Waffen zu gebrauchen, daß auch die Zahl derer unanshörlich wächst, die sich dieser Waffen bedienen, und daß deshalb der Zeitpunkt näher und näher rückt — trotz aller Ausbeutung und Unterdrückung —, wo die Macht der Enterbten stark genug sein wird, die Sklavenketten zu zer Sprengen und die Arbeit frei zu machen. Diesen Zeitpunkt hinauszuschieben, wenn möglich auf den Sankt Nimmerleinstag, das ist deshalb das Streben der Zoll- und Steuerräuber. Hemmnis um Hemmnis möchten sie den vorwärtsstürmenden Proletariern entgegenstellen, zur volksausfängenden Zollpolitik die politische Knebelung der Massen hinzuzufügen, ist ihr sehnlichster Wunsch.

Wenn deshalb am 1. Mai, am Festtag der Arbeit, das internationale Proletariat sich freudig zum Sozialismus als dem Menschheitsbefreier bekennt, wenn es stolz seine stärker und stärker werdenden Bataillone mustert, wenn es, durchglüht von Kampfesmut und Siegeszuversicht, in lodender Begeisterung das alte Gelübnis erneuert: Mit verstärkter Energie den Kampf zu führen gegen die kapitalistische Ausbeutung in jeglicher Gestalt, so gilt diese Kampfesankündigung nicht zuletzt den Zollwuchern. Die nächste Schlacht wird diesen Herren geliefert bei den Reichstagswahlen.

Luise Bieh.

Der erste Mai im Sarenreich.

Der erste Mai naht. Der Tag, an dem das Proletariat aller Länder, aller Nationen dem Wort Karl Marx' folgend inmitten einer Welt von Feinden seinen Willen, seine Solidarität bekundet, das Reich des Sozialismus aufzurichten. Ohne Waffen, nur vom Solidaritätsgefühl befeelt, ziehen die viel-tausendköpfigen Scharen der organisierten Proletarier an den Wohnungen der besitzenden Klassen vorüber zur Maidemonstration. Und doch schaudert die feindliche Bourgeoisgesellschaft, wenn sie der Maifeier gedenkt. Sie fürchtet und haßt in ihr ein Zukunftssymbol. In blinder Angst greift sie zu allen möglichen Mitteln, um sie abzuwürgen: Aussperrungen, Polizeischikanen, Gewaltmaßregeln, ja Blutvergießen. Der Maitag fordert Opfer, und da fragen wohl schwankende Gemüter: Was ist der Gewinn? Der Gewinn, Genoffinnen, das ist die Stärkung des Klassen- und Machtbewußtseins der proletarischen Massen, das ist die Belebung der revolutionären Kampfesleidenschaft, die Hebung des Willens und der Kraft zum Ringen für die schöne, freie Zukunft. Wer aber an der Bedeutung der Maifeier noch zweifeln könnte, der möge die Augen nach Osten richten. Die höchste „Strafe“, die der deutsche Bourgeois dem Lohnsklaven auferlegt, der am 1. Mai „meuterte“ und feierte, das ist die Aussperrung. In Rußland dagegen? Im Gefängnis und Zuchthaus, in den Festungskasematten und in Sibirien büßen die Proletarier für die Bekundung ihres klassenbewußten Solidaritätsgefühls am 1. Mai, ja selbst der Tod bleibt ihnen dafür nicht erspart. Und trotzdem! Die Massen lassen sich nicht schrecken, tausend Hindernisse verachtend, reichen sie den deutschen, österreichischen, englischen, französischen Proletariern am 1. Mai die Hand: „Wir stehen an eurer Seite, wir kämpfen mit euch, euer Ziel ist unser Ziel!“

Der Beschluß des Internationalen Sozialistischen Kongresses zu Paris 1889, durch den der Weltfeiertag des Proletariats geschaffen wurde, fand in Rußland ein freudiges Echo. Es waren damals schlimme Zeiten: die Macht des Zaren war noch ungeschwächt; es gab noch keine eigentliche Arbeiterbewegung, die sich auf feste Organisationen gestützt hätte, es wimmelte von Spitzeln, die Polizei steckte überall ihre Nase hinein. Auf jeder geheimen Versammlung, die entdeckt wurde, stand Kerker und Sibirien. Und doch begegnen wir schon im Jahre 1891 Versuchen der Arbeiter und Arbeiterinnen, den 1. Mai durch geheime Zusammenkünfte und Reden zu feiern. Im Westen des Riesenreichs, in Polen, wo die kapitalistische Entwicklung besonders weit vorgeschritten ist, findet der Gedanke der inter-

nationalen Kundgebung zuerst starken und begeisterten Anklang. Die Maifeier wurde hier von Anbeginn durch Arbeitsniederlegung begangen und übte den größten Einfluß auf die Bewegung aus. Am 1. Mai 1892 feierten zum Beispiel in Lodz, dem polnischen Zentrum der Textilindustrie, sechzigtausend Arbeiter. Die Demonstration wurde zum Signal eines Massenstreiks, der acht Tage dauerte und zu einem blutigen Gemetzel führte. Von dieser denkwürdigen Maifeier datiert das Erwachen des Proletariats in Lodz und seine Massenbewegung. Seitdem zählte die Schar der Feiernden am 1. Mai in Polen jedes Jahr nach Zehntausenden, trotzdem fast jedesmal hier oder dort Blut geflossen ist. Bald veranstalteten die polnischen Arbeiter auch imposante Maidemonstrationen mit roten Fahnen und unter Absingung revolutionärer Lieder. Und die Frauen waren immer dabei. Bei der imposanten Maidemonstration in Warschau 1900 schreiten an der Spitze des Zuges drei junge Arbeiterinnen, die sich die Hände gereicht haben und furchtlos ihre junge Brust den Bajonetten des zarischen Militärs darbieten. Vielleicht hat das Proletariat es diesen mutigen Proletarierinnen zu verdanken, daß an dem Tage nicht in die Massen geschossen wurde. „Nur“ 2000 Verhaftungen fanden statt.

In den übrigen Teilen Rußlands wurden zunächst nur schüchternere Versuche zur Maifeier gemacht. 1892 fand in der litauischen Stadt Wilna eine geheime Maiversammlung statt, auf der begeisterte Reden gehalten wurden. Gleich bei dieser ersten Maiversammlung treten zwei Arbeiterinnen auf. Frisch und begeistert klingen ihre Reden. „Kämpfen sollen wir lernen, streifen. . . Das Wort allein schon erschreckt uns. Wir können ja durch den Streik die Arbeit verlieren. Ich weiß wohl, was das heißt, arbeitslos sein, und doch sage ich — nicht den Mut sinken lassen, nicht zurückschrecken: Bis zum letzten Tag unseres Lebens müssen und wollen wir für unser großes Ziel kämpfen.“

Seit 1896 sind auch anderwärts im Zarenreich Versuche zu verzeichnen, den Maitag zu feiern. So in St. Petersburg, Moskau, im Wolgagebiet und im Kaukasus. Je näher die anbrauende Revolution ihre Wogen wälzt, um so imposanter, fühner, begeisterter gestaltet sich die Maifeier. Durch schweigendes Verlassen der Betriebe oder durch Straßenumzüge demonstrieren die russischen Arbeiter für ihr sozialistisches Bekenntnis. Sie haben keine roten Fahnen: die letzte Sonntagsbluse aus rotem Baumwollstoff wird geopfert, hoch flattert die improvisierte Flagge des kämpfenden Proletariats.

Als im Jahre 1907 in St. Petersburg die Metallarbeiter der Gußstahlfabrik Obuchoff am 1. Mai die Arbeit einstellten und das Militär zur „Beruhigung“ der Rebellen geschickt wurde, waren es Frauen, die Arbeiterinnen der dicht an Obuchoffs Betrieb gelegenen Kartensfabrik, die den Genossen Hilfe brachten und sich mit den Männern zusammen in der Kartensfabrik verbarricadierten. . . . 37 Proletarier wurden dafür vor Gericht gestellt, unter ihnen zwei Arbeiterinnen, die kaum 18 Jahre alt waren und zu jahrelangem Zuchthaus verurteilt wurden. . . .

Was hat die russische Regierung nicht alles versucht, welche Mittel hat sie nicht angewendet, um der Maidemonstration des russischen Proletariats den Garaus zu machen! Vor allem Massenverhaftungen. Im Jahre 1898 wurden kurz vor dem 1. Mai in allen Teilen des Reiches zusammen 1000 Männer und Frauen verhaftet; 1899 in St. Petersburg allein 250, in Moskau 176 — hier fanden dazu noch 500 Hausdurchsuchungen statt —, in Odessa 200 usw. Dann organisierten die Schergen des Zarismus mit Hilfe ihrer Schwarzen Banden die entsetzlichen Pogroms gegen die Juden. Es wurde dabei das Gerücht ausgesprengt, die Juden begingen den 1. Mai durch blutige Gewalttaten, die „guten Christen“ müßten sich gegen die Greuel erheben. Polizisten und Gendarmen in Zivilkleidern mußten bei Straßendemonstrationen Schlägereien und Tumulte beginnen. Endlich das schauerhafte Mittel, das im Jahre 1902 nicht nur in Wilna, sondern auch in einigen anderen Orten zur „Beruhigung“ des Volkes angewandt wurde: die Auspeitschung der Demonstranten.

Und doch erwiesen sich sogar die empörendsten, barbarischsten Mittel unwirksam, die Maifeier aus dem Leben des rus-

sischen Proletariats zu tilgen. Gerade nach 1902 nimmt in Rußland die Maifeier den Charakter einer Massenaaktion an; nach und nach findet sie ihren Weg nach den kleinsten Städten. 1903 wird eine Million Flugblätter heimlich gedruckt und unter tausend Gefahren verbreitet. Wieviel Kraft, Mut und Aufopferung erforderte solche Vorbereitung des proletarischen „Festes“! Die russische Revolution bricht aus. Am 1. Mai 1905 konzentriert sich die Demonstrationsbewegung in Polen. In Warschau gibt es eine Straßendemonstration, an der 100000 Personen teilnehmen, und die mit einem Blutvergießen endet. Über 30 Proletarier werden durch die Soldateska des Zaren erschossen. Glänzend verläuft die Maifeier in den Revolutionsjahren 1906 und 1907. In einigen Städten legt das gesamte Fabrikproletariat die Arbeit nieder, es gibt große Versammlungen, Reden und sogar Straßenumzüge. Die Stimmung ist hinreißend, tief die Begeisterung! . . .

Noch aber war der Feind stark genug, der Revolution den Sieg streitig zu machen. Eine neue Periode der Reaktion ist über Rußland hereingebrochen. Man rächen sich die Herren Kapitalisten und Agrarier für die ausgestandene Angst, für die zeitweilige Niederlage. Die Maifeier der letzten Jahre hat nicht nur Kerker und Verleumdung im Gefolge gehabt, sondern auch Massenausperrungen, qualvolle Arbeitslosigkeit. Die Rache ereilt nicht nur die bewußten Kämpfer und Kämpferinnen, sondern auch die Wehrlosen: die Kinder, die arbeitsunfähigen, Kranken und alten Proletarier. Der „freie Atemzug“ am 1. Mai muß teuer erkaufte werden. Sind die russischen Proletarier angesichts der Gefahren und Opfer wanden geworden in ihrer Begeisterung für die Maifeier? Nein! und tausendmal nein! Mag der Hunger drohen, der Kerker sicher sein: soweit die Proletarier in Rußland — Männer wie Frauen — erwacht sind, rufen sie ihren Brüdern und Schwestern im Ausland am 1. Mai die alte Parole zu: „Wir sind dabei!“

Wenn jeder Proletarier und jede Proletarierin diese Parole zu der ihrigen machen, wenn alle „dabei“ sind, so muß der Widerstand der Besitzenden gegen die Forderungen der Arbeiterklasse ohnmächtig zusammenbrechen. Die Solidarität des Denkens und Wollens erhebt die proletarischen Massen zur Macht. Heraus daher zur Kundgebung für die internationalen Forderungen des revolutionären Proletariats. Mag auch das „Heute“ ein Opfer fordern, das bessere, hellere „Morgen“ wird reichlich dafür lohnen. Jede machtvolle Maidemonstration bringt uns einen Schritt der ersehnten, sonnigen Zukunft näher: der Befreiung der Arbeiterklasse als Werk der Arbeiterklasse selbst durch den Sozialismus! Alexandra Kollontaj.

Die Bedeutung des Achtstundentags für die Textilarbeiterinnen.

Unter den Gewerben, die Arbeiterinnen beschäftigen, steht die Textilindustrie an erster Stelle. Die revolutionierende Macht der Maschine ermöglichte hier die ausgedehnteste Verwendung billiger Arbeitskräfte. Vom Kinde bis zur Greisin sind alle Altersklassen unter den Lohnsklaven der Textilbarone vertreten. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Textilarbeiterinnen auffallend stark. Die letzte Betriebs- und Gewerbebezahlung stellte in der Textilindustrie 528000 Arbeiterinnen fest, von denen mehr als die Hälfte verheiratet waren. Die angegebene Zahl hat seitdem eine wesentliche Steigerung erfahren. Für diese Hunderttausende von Proletarierinnen, deren Kraft dank dem maschinellen Charakter des Arbeitsprozesses in der Textilindustrie viel schneller zermüht wird als in irgend einem anderen Erwerbszweig, bedeutet jede Verkürzung der täglichen Arbeitszeit einen doppelten Gewinn. Die am Weltfeiertag der Arbeit alljährlich aufs neue erhobene Forderung des Achtstundentags findet darum auch stets einen lauten Widerhall in den Herzen der Textilarbeiterinnen. Sie vergessen nicht, welch langer, zäher und opferreicher Kampf es bedurft hat, um dem Unternehmertum den Zehnstundentag abzurufen, den dann die nachhinkende Gesetzgebung endlich als Maximalarbeitstag festlegen mußte.

Der zehnstündige Maximalarbeitstag kann aber natürlich nur eine Etappe auf dem Wege zum achtstündigen Normalarbeitstag sein. Diesen zu erreichen, sind die Textilarbeiterinnen als Lohnsklavinnen des Kapitals, als Frauen und Mütter in gleicher Weise interessiert. Für die verheiratete Arbeiterin beginnt nach Beendigung der Tagesfron in Fabrik und Werkstatt im Haushalt ein neuer Arbeitstag, der oft genug bis in die Nacht hinein währt. Die Sorge ums tägliche Brot, die die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt, nötigt sie auch, ihre Kraft für die Hauswirtschaft einzusetzen. Dem Manne soll es gemächlich gemacht werden, damit er nicht außerhalb des Heims Zerstreuung suche, die Kinder bedürfen einer möglichst traulichen Stätte, wo sie sich geborgen fühlen, wo sie Verständnis und Pflege finden. Mit Aufbietung der äußersten Kräfte trachtet die Frau diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wie schwer die Proletarierinnen an der doppelten Arbeitslast zu tragen haben, spüren sie nur zu deutlich am frühzeitigen körperlichen Verfall. Der Achtstundentag würde für die Textilarbeiterinnen ein längeres Erhalten der Arbeitskraft, der Gesundheit, ja des Lebens selbst bedeuten, er käme damit nicht bloß ihnen, sondern auch der Gesamtheit zugute!

Als Trägerinnen und Erzieherinnen der künftigen Generation, als Mütter haben die Textilarbeiterinnen ebenfalls den Achtstundentag zu fordern und zu erkämpfen. Das gesetzliche Verbot der Fabrikarbeit von Wöchnerinnen genügt bei weitem nicht zum Schutze der Mutterschaft und des nachwachsenden Geschlechts. In allen Branchen der Textilindustrie: am saufenden Webstuhl, an den schurrenden Spindeln, in den Raßspinnfäden der Flachspinnereien, in den staubgeschwängerten Hechelsäken: überall müssen die Arbeiterinnen in „gelegneten Umständen“ volle zehn Stunden des Tages fronen, obgleich ihre Muskeln und Nerven infolge der Schwangerschaft oft der Ausspannung bedürften. Sie dürfen nicht rasten, dafür sorgen die Aufseher, die darüber zu wachen haben, daß jede Arbeitskraft voll ausgenutzt wird, daß der Profit des Unternehmers durch die Schwangerschaft keinen Abbruch erleidet. Zu der Haß des Betriebs kommen noch andere gesundheitschädigende Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, die insgesamt durch die Länge des Arbeitstags gesteigert werden und die Mutterschaft verhängnisvoll beeinflussen: das anhaltende Stehen, die permanente Erschütterung des Bodens durch die Maschinen, das Dehnen und Strecken des Körpers am Webstuhl und an der Spinnmaschine, der Aufenthalt in den dunstigen, stauberfüllten Räumen usw. Was der Organismus der Schwangeren dadurch leidet, tritt oft genug in lebenslangem Siechtum zutage und trifft das Kind unter ihrem Herzen. Doch was kümmert die Kapitalisten die höchste Weihe des Weibes, die Mutterschaft, wenn es sich nicht um ihre eigenen Frauen und Töchter, sondern um Proletarierinnen handelt? Die ungeheure Vermüftung an Volkskraft, verursacht durch die kapitalistisch ausgebeutete Arbeit der Frauen während der Schwangerschaft, brückt sich in den Zahlen der Früh-, Fehl- und Totgeburten, der Säuglingssterblichkeit aus. Die Sterblichkeitsziffer der Kinder im ersten Lebensjahr beträgt in Textilbezirken 30 Prozent und darüber. Die furchtbaren Zahlen würden sinken, wenn der kürzere Arbeitstag die Gefahren minderte, welche die Gesundheit der Schwangeren bei der Arbeit bedrohen, wenn er den Müttern mehr Zeit ließe, sich der Pflege ihrer Kleinen zu widmen. Die von der Statistik ermittelten nackten Ziffern drücken aber nicht einmal die ganze Summe von Elend aus, welches die Mutterschaft der Proletarierinnen belastet. Die granddurchfurchten Hügel der Textilarbeiterinnen sprechen eine um so beherdtere Sprache. Die beste Begründung der Forderung des Achtstundentags in diesem Zusammenhang sind drei Tatsachen. Während des letzten Generalsstreiks in Schweden hat sich trotz der Entbehrungen die Gesundheit der Arbeiter gehoben. In Mülhausen i. Elß. gewährten die Fabrikanten, um der ungeheuren Kindersterblichkeit zu steuern, den Müttern vor und nach der Entbindung eine Schutzzeit. Nach einem Jahre konnte ein ganz erheblicher Rückgang der Kindersterblichkeit in Textilarbeiterkreisen festgestellt werden. Zur Zeit des Kampfes um

den Zehnstundentag in Crimmitschau erklärten Arbeiterinnen öffentlich, der Streik gebe ihnen Gelegenheit, auch einmal ihren Kindern Mutter zu sein. Welch furchtbare Anklage das gegen die bürgerliche Gesellschaft! Nicht früher dürfen die Textilarbeiterinnen ruhen, bis sie in Gestalt des Achtstundentags eine Abschlagszahlung auf ihr Recht als Mütter erlangt haben.

Nicht nur als Arbeiterinnen, Mütter und Hausfrauen, sondern auch als vorwärtstrebende Menschen haben sie den Achtstundentag zu fordern! Längst haben sie eingesehen, daß sie, mitten im Daseinstampf stehend, Lücken in ihrem Wissen ausfüllen, Kenntnisse sich erwerben müssen, die sie befähigen, sich im Ringen gegen die Ausbeutung erfolgreich zu betätigen. Es tut ihnen Klarheit not über die Zusammenhänge des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, das sie unweigerlich in seinem Strudel festhält. Sie müssen in der sozialpolitischen Gesetzgebung bewandert sein, die mit Arbeiterinnenschutz, Mutter- und Säuglingsfürsorge usw. ihre Existenz so tief berührt. Die Ausplünderung der Massen durch den Zoll- und Steuerwucher schärft ihren Blick für die politischen Vorgänge, an denen sie als Staatsbürgerinnen und Klassenkämpferinnen interessiert sind. Trotzdem die Proletarierin im modernen Wirtschaftsleben eine Kraft geworden ist, welche für die Gesellschaft unschätzbare Werte schafft, verweigert man ihr als Frau die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Sie muß erkämpft werden, und dazu bedarf es der Aufklärung, der Organisation der arbeitenden Frauen. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden würde den Textilarbeiterinnen Zeit geben, sich in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu betätigen, dadurch ihre schlummernden Kräfte zu entwickeln und für den Befreiungskampf ihrer Klasse voll einzusetzen. Über die Gegenwart hinaus käme diese Entfaltung zur Geltung. Was die Frau als kämpfende Proletarierin an Kenntnissen und Reife des Charakters erwirbt, das kommt auch der Mutter, der Erzieherin zugute. —

Der Achtstundentag für die Arbeiterinnen muß die Verkürzung der Arbeitszeit der Jugendlichen auf sechs Stunden täglich zur Folge haben. Welch ein Gewinn das für die Arbeiterjugend! Das Textilproletariat ist daran auf das stärkste interessiert. In der Textilindustrie wurden 1907 nicht weniger als 79749 Jugendliche von 14 bis 16 Jahren und 3749 Kinder unter 14 Jahren gezählt. In beiden Altersgruppen zeigt sich ein Überwiegen des weiblichen Geschlechts. Wieviel kindliche, jugendliche Arbeitskraft geht in den Knochenmühlen der Textilfabriken zugrunde, weil der Organismus der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen den Anforderungen der Arbeit noch nicht gewachsen ist, unter ständiger Überanstrengung schwer leidet. Verkürzung des Arbeitstags besagt für die Jugendlichen ein Mehr an körperlicher, geistiger und moralischer Entwicklungsmöglichkeit.

Um der Jugend etwas Lebensjonnenschein zu verschaffen, müssen die Textilarbeiterinnen den Achtstundentag erkämpfen. Seine Einführung würde aber auch eine Verkürzung des Arbeitstags der Männer bedeuten. Ihre Arbeitszeit müßte sich derjenigen der Arbeiterinnen anpassen, da diese in der Textilindustrie überwiegen. Die Geschichte des Zehnstundentags in England bestätigt das. In der Niederlausitz wird am 1. Oktober d. J. der Einführung des geschlichen Zehnstundentags für die Arbeiterinnen der Zehnstundentag für die gesamte Arbeiterschaft folgen.

Das Textilproletariat hat früh die Bedeutung kurzer Arbeitszeit für die Arbeiterinnen, für die gesamte Arbeiterschaft erkannt. Es ist dafür je und je im Kampfe gestanden. Dank seinem unablässigen Ringen ist die Arbeitszeit von zwölf und noch mehr Stunden endlich auf zehn Stunden herabgesetzt worden. In Neumünster verlieren die Textilarbeiter 1888 den Kampf um den 10¹/₂ stündigen Arbeitstag; 1896 kämpfen sie in Aachen und Kottbus dafür. 1890 treten in Mülhausen i. E. 24000 Lohnsklaven des Textilkapitals in einen Generalausstand, der den Arbeitstag von 12¹/₂ auf 11 Stunden herabsetzt. 1899 müssen hier die Fabrikanten den 10¹/₂ stündigen Arbeitstag bewilligen, seit 1906 besteht der Zehnstundentag in den Textilfabriken des ganzen Elß. 1905 bis 1906 erobern sich die Textilarbeiter des badischen Wiesentals den Zehnstundentag. An allen diesen

Kämpfen waren in hervorragendem Maße Arbeiterinnen beteiligt. In Greiz, Gera, Grimmitzschau, Meerane wurde 1890 ebenfalls schon um den Zehnstundentag gekämpft. Der Riesenkampf der Grimmitzschauer Textilarbeiter für die gleiche Forderung im Jahre 1903 ging zwar verloren, gab aber trotzdem den Anstoß, daß der Zehnstundentag in der Textilindustrie auf der ganzen Linie marschierte. Die Kämpfe, welche die Textilarbeiter gegen ihre Kapitalmagnaten für die Verkürzung der Arbeitszeit ausgefochten haben, zählen zu den treibenden Kräften, die der Gesetzgebung endlich die gesetzliche Verkürzung des Arbeitstags wenigstens für die Arbeiterinnen und Jugendlichen abgezwungen haben. So sind diese Kämpfe allen Fabrikarbeiterinnen, der ganzen Arbeiterklasse zugute gekommen. Im Kampfe für den kurzen Arbeitstag sind die Textilarbeiter Preisrichter des Proletariats.

Auf ihren Verbandstagen und internationalen Kongressen sind die Textilarbeiter ebenfalls jederzeit für den Achtstundentag der Arbeiterinnen eingetreten. 1890 wurde auf dem Apoldaer Delegiertentag zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitszeit der Frauen so zu regeln sei, daß sie deren Interessen genau so entspräche wie den Interessen der Männer. Eine Frau, die täglich 12 Stunden arbeiten müsse, habe keine Zeit mehr, ihre häuslichen Arbeiten zu erledigen und ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter zu erfüllen. 1891, als die Gesetzgebung endlich den elfstündigen Maximalarbeitstag für die Arbeiterinnen festlegte, wurde für sie in Göhnis der Achtstundentag gefordert. Neun Jahre später, 1900, tagten die organisierten Textilarbeiter abermals in Göhnis, sie verlangten von der Gesetzgebung den zehnstündigen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und die Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstags für die Arbeiterinnen. Der internationale Textilarbeiterkongreß zu Mailand 1905 forderte den achtstündigen Maximalarbeitstag für die Textilarbeiter aller Industrieländer. Sein Nachfolger zu Wien 1908 heischte diese Reformen: den achtstündigen Arbeitstag für alle über 16 Jahre alten Arbeiterinnen, den sechsstündigen für Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, außerdem das Verbot jeder Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren, den Sechsstundentag für die Jugendlichen unter 16 Jahren.

Die Unternehmer haben sich heftig gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen gewehrt. Sie haben behauptet, ihre Konkurrenzfähigkeit werde dadurch beeinträchtigt, die Festsetzung der Arbeitszeit müsse der freien Entscheidung der einzelnen Arbeitgeber überlassen bleiben. Die Heraussetzung der Arbeitszeit hat jedoch die Textilindustrie groß gemacht. Kurze Arbeitszeit entzieht der kapitalistischen Ausbeutung ein Stück Menschentum der Ausgebeuteten und erhöht dadurch ihre Leistungsfähigkeit. Das ist eine Erfahrung, die überall ihre Bestätigung gefunden hat, wo der Arbeitstag verkürzt worden ist. Die organisierten Textilarbeiter werden sich durch das Gerede von dem Ruin der Industrie nicht abhalten lassen, auch dem gesetzlichen Achtstundentag die Wege zu ebnen. Sie wissen, daß hinter diesem Gerede nur die Habsucht und der Herrenbänkel der ausbeutenden Klassen steckt.

Wenn am 1. Mai das Klassenbewußte Proletariat für den Achtstundentag demonstriert, müssen die Textilarbeiterinnen freudig und zuversichtlich in den vordersten Reihen stehen. Sie wissen, daß die Reform durchführbar ist, aber auch, daß sie erkämpft werden muß. Der Kampf führt um so eher zum Siege, wenn die Hunderttausende von Textilarbeiterinnen begreifen, was ihr Interesse fordert, was ihre Pflicht ist. Aufgeklärt, gewerkschaftlich und politisch organisiert, müssen sie den Kampf durchsetzen helfen, müssen sie im Vollbewußtsein ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben den Gesetzgebern wieder und wieder zuherrschen: Heraus mit dem Achtstundentag!

Martha Hoppe.

Für die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung.

Während sich in diesem Jahre am 1. Mai das Proletariat der ganzen Kulturwelt in der Forderung nach mehr Rechten, nach allen Rechten eines freien Volkes vereinigt, schickt sich in

Deutschland die herrschende Sippschaft an, den Arbeitern eins ihrer wichtigsten Rechte zu entreißen: das Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen. Seit mehr als 25 Jahren haben die Arbeiter dieses Recht gehabt, zwar nicht ungehindert, aber doch so, daß sie davon im Laufe der Zeit zum immer größeren Segen für ihre Kranken Gebrauch machen konnten. Gerade der Umstand aber, daß sich in den Ortskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter aufs Beste bewährt hat, ist es, der unseren Gegnern keine Ruhe ließ. Es hat sie zu immer heftigeren Vorwürfen gegen dieses Recht getrieben, und jetzt haben sie es so weit gebracht, daß sie die völlige Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Ortskrankenkassen wagen.

Die Arbeiterversicherung sollte bekanntlich eins der Mittel sein, die Arbeiter von der Sozialdemokratie abwendig zu machen. So viel sahen auch Bismarck und seine Leute ein, daß mit dem Ausnahmegesetz allein die Sozialdemokratie nicht überwunden werden kann. Deshalb begünstigten sie sich nicht damit, die Arbeiter mit den Peitschenhieben des Ausnahmegesetzes einzuschüchtern, sondern sie wollten sie auch durch das Ruderbrot der Arbeiterversicherung für die jegliche „Ordnung“ einfangen. Wie ganz anders aber, als es sich diese „Staatsmänner“ ausgedacht hatten, ist es in Wahrheit gekommen!

Die Arbeiter ließen sich auf die Dauer selbst durch die schamloseste Gewalttat nicht schrecken, und die Arbeiterversicherung ist eins der wirksamsten Agitationsmittel für die Sozialdemokratie geworden. Führen doch die ungenügenden Leistungen der Arbeiterversicherung den Proletariern in nur zu empfindlicher Weise immer wieder vor Augen, wie wenig die jegliche Ausbeutungswirtschaft selbst den gesetzlich anerkannten und dringendsten Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft gerecht wird. Und die arbeiterfeindliche Praxis so vieler Versicherungsanstalten in der Invalidenversicherung, ganz besonders aber so zahlreicher Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung, wo die Arbeiter nichts oder so gut wie nichts zu sagen haben, erfüllt die ausgebeuteten Massen tagtäglich mit neuer Erbitterung über ihre Abhängigkeit von der herrschenden Klasse.

Die Krankenversicherung, soweit sie von den Arbeitern selbst verwaltet wird, hat sich dagegen den Bedürfnissen des Proletariats noch am meisten angepaßt. Nachdem die Arbeiter den maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Ortskrankenkassen erlangt hatten, haben sie allmählich die schlimmsten Mißstände beseitigt und die Krankenkassen immer zweckmäßiger gestaltet und weiter ausgebaut. Sie haben auch erkannt, daß, wo noch Mißstände vorhanden sind, es nur an ihnen selbst liegt, sie zu beheben, indem sie entweder geeignete Personen als ihre Vertreter in die Leitung der Krankenkassen wählen oder für die Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes eintreten. So wurde die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen ein unaufhörlich wirkender Ansporn zur Vervollkommnung der Krankenversicherung.

Wie die Verhandlungen in den letzten Wochen gezeigt haben, legen aber unsere Gegner darauf gar keinen Wert. Vielmehr ist das eingetroffen, was wir seit jeher vorausgesagt haben. Unsere Gegner sehen in der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen eine große Gefahr für ihre Ausbeutungswirtschaft. Je besser sich die Krankenversicherung entwickelt, desto aufreizender wirkt die Rentenquetscherei jener Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften. Und aus dem Vergleich ihrer Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen mit der Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften und mit der Beamtenwirtschaft in den Versicherungsanstalten müssen die Arbeiter die Lehre ziehen, daß sie selbst am besten ihre Angelegenheiten regeln und sich deshalb in ihrem eigenen Interesse von jeder Bevormundung durch die Unternehmer und durch die Behörden frei machen müssen.

Um diese „gefährlichen Wirkungen“ der Selbstverwaltung der Arbeiter beseitigen zu können und einen Vorwand für die Entrechtung der Arbeiter zu haben, sind die unsinnigsten Schauer- geschichten über den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten in den Ortskrankenkassen und über deren politische Ausnutzung durch die Partei von unseren Gegnern — erfunden worden.

Hierüber ist in den letzten Wochen viel gesprochen und geschrieben worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß die allermeisten und gerade die schlimmsten dieser Schauer geschichten direkt erlogen sind. Gewiß geben wir trotzdem zu, daß in den Krankenkassen, die von den Arbeitern geleitet werden, Fehler vorkommen können und wohl auch vorgekommen sein werden. Wir müssen aber auch daran erinnern, daß nach dem Ergebnis der eingehenden Verhandlungen hierüber in der letzten Zeit diese Fehler verschwindend selten und fast bedeutungslos sind im Vergleich mit den Fehlern, die fortwährend überall dort die Arbeiter schädigen, wo die herrschende Klasse allein das Heft in der Hand hat: in der öffentlichen Verwaltung, beim Militär, in den Staatsbetrieben, ja sogar bei der Polizei und in der *g. l. l.*, ganz zu schweigen von den Versicherungsanstalten und den Berufs genossenschaften. Das Selbstverwaltungsrecht gibt überdies den Arbeitern die Möglichkeit, die Maßnahmen zu treffen, durch die in Zukunft die vorgekommenen Fehler verhindert werden.

Aber was unsere Gegner bei den Arbeitern als einen politischen Mißbrauch verurteilen, das nehmen sie für sich als ein selbstverständliches Recht in Anspruch. Wenn sie Beamte anzustellen, einen Vorsitzenden zu wählen haben, denken sie gar nicht daran, auch Sozialdemokraten zu berücksichtigen, im Gegenteil maßregeln sie jeden Sozialdemokraten, wofür sie dazu noch die Macht haben. Daß aber die Arbeiter als Vorsitzende und als Beamte ihrer Rassen tüchtige Männer auch dann wählen, wenn sie Sozialdemokraten sind, das soll ein Verbrechen sein, darüber sind unsere Gegner fürchterlich entrüstet.

Welch eine schamlose Komödie! In Wahrheit treiben unsere Gegner politischen Mißbrauch mit der Krankenversicherung, weil sie aus politischen Gründen, nämlich um die jetzige Ausbeutungswirtschaft zu schützen, den Arbeitern die letzten Reste der Selbstverwaltung entreißen wollen ohne Rücksicht darauf, daß dann die weitere Entwicklung der Krankenversicherung gehemmt, ja die Krankenversicherung auf den tiefen Stand wieder herabgedrückt wird, auf dem sie sich befand, bevor sich die Arbeiter um die Leitung der Ortskrankenkassen bekümmert haben. Soll doch jetzt in den Ortskrankenkassen eine geradezu unmögliche Wirtschaft eingerichtet werden. Die Arbeiter wählen nach wie vor zwei Drittel der Ausschußmitglieder, diese wählen zwei Drittel der Vorstandsmitglieder. Die Arbeitgeber besetzen das übrige Drittel der Stellen im Ausschuß und Vorstand. Trotzdem hat die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter im Ausschuß und Vorstand bei allen wichtigen Fragen nichts zu sagen. Sie muß sich vielmehr danach richten, was die Vertreter der Arbeitgeber beschließen. So soll die Minderheit über die Mehrheit herrschen — die Umkehrung aller Rechtsbegriffe und Vernunft. Fügt sich die Mehrheit dieser Vergewaltigung durch die Minderheit nicht, dann ist selbst die dringendste Verbesserung unmöglich. Im übrigen fällt dann die Herrschaft der Aufsichtsbehörde zu. Sie ernannt abgedankte Offiziere zu Vorsitzenden der Kasse, sie stellt ausgediente Unteroffiziere als Kassenbeamte an, und sie maßregelt jeden Beamten, der nach ihrem Ermessen politischen Mißbrauch treibt. Unter diesen Umständen ist eine sachgemäße Fürsorge für die kranken Arbeiter unmöglich. Dafür werden die früheren Offiziere und Unteroffiziere die Arbeiter im Bureau der Krankenkassen wie Rekruten behandeln, und die Krankenkontrollure werden in den Wohnungen der Kranken den Ton anschlagen, den sie auf dem Kasernenhof geleert haben.

Heute müssen sich auch die Kassen, auf deren Leitung die Arbeiter noch keinen Einfluß haben, ja selbst die Versicherungsanstalten und Berufs genossenschaften dem Vorbild der Ortskrankenkassen anpassen und manche Verbesserung einführen, die die Ortskrankenkassen zuerst als segensreich und durchführbar erwiesen haben. Nach der Entrechtung der Arbeiter werden die Ortskrankenkassen nicht mehr für die Verbesserung, sondern für die Verhinderung der Arbeiterfürsorge vorbildlich sein.

Dagegen haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen mit aller Kraft zu wehren. Ganz besonders müssen die Arbeiterinnen dagegen auftreten. Wenn der Mann auf dem Krankenlager liegt, ist die Frau doppelt und dreifach geschlagen. Hat sie

doch außer dem Kummer um den Mann auch noch die Sorge um die Lebenshaltung ihrer Familie auf dem Herzen. Deshalb schließen wir dieses Jahr in unsere Maidemonstration auch die Demonstration für das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in der Arbeiterversicherung ein.

Gustav Hoch, Hanau a. M.

Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und der Achtstundentag.

Die kapitalistische Entwicklung, die den Arbeiter zwingt, „sich freiwillig in Tod und Sklaverei zu verkaufen“, hat die Proletarier doppelt mit Knuten gezüchtigt, denn wie Marx im „Kapital“ sagt: „Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie!“ Hatte doch die Jahrtausende währende Unterordnung des weiblichen unter das männliche Geschlecht die aus der Not geborene Bedürfnislosigkeit der Frau sich zur Tugend entfalten lassen, so daß die Arbeiterin ein noch gefügigeres Ausbeutungsobjekt für das Unternehmertum war wie der Mann, der, losgelöst von den Produktionsmitteln, nur im Besitz seiner Arbeitskraft, diese um jeden Preis an den Kapitalisten verkaufen mußte, wenn er nicht verhungern wollte. Diese Notlage des Mannes machte sich der Kapitalismus weiblich zunutze. Der Lohn blieb so niedrig, daß er nicht einmal zur entbehrungsreichsten Lebenshaltung ausreichte und den Arbeiter mit seiner Familie körperlich und geistig verelenden ließ. So zwang die Not den Arbeiter, nicht allein sich, sondern auch seine Frau und seine Kinder dem Kapital zu verkaufen, so lange, bis das Proletariat zum Selbstbewußtsein erwachte und sich kraft seiner Organisation und durch dauernden Kampf den Arbeiterschutz errang.

In welcher Art dieser sich auch auf die Arbeiterin zu erstrecken habe, darüber gingen die Meinungen in der Arbeiterklasse selbst im Anfang weit auseinander. Politisch rechtlos, war es der Frau in Deutschland, Österreich und anderen Ländern noch verboten, sich an irgendwelchen politischen Vereinigungen zu beteiligen, so daß die Arbeiterinnen unaufgeklärt blieben und vereinzelt noch widerstandsunfähiger als die Männer gegen die Ausbeutungswut der Unternehmer waren. Im Zusammenhang mit diesem Stand der Dinge befestigte sich das Vorurteil, daß die Frau weder ins wirtschaftliche noch ins politische Getriebe gehöre, sondern sich auf das Haus beschränken müsse. Gestützt wurden diese Anschauungen durch die Verhältnisse in der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Familie sowie durch die christliche Lehre, die in der Frau nur einen minderwertigen Menschen sah, der in der Gemeinde zu schweigen habe.

Auf den Gegensatz, der in dieser Beziehung zwischen der christlichen — besonders der katholischen — und der sozialdemokratischen Weltanschauung zutage tritt, weist in einer recht inhaltsreichen und objektiven Schilderung Rose Otto hin, die vor kurzem ihre Doktorarbeit „Aber Fabrikarbeit verheirateter Frauen“ veröffentlicht hat.* Als in den sechziger Jahren Ferdinand Lassalle die deutschen Arbeiter zu organisieren begann, trat ihm der Bischof von Mainz, Ketteler, entgegen, der die Grundlagen für die katholischen Arbeiterorganisationen schuf. Seine Anschauung über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen faßt Rose Otto ganz kennzeichnend dahin zusammen: „Die Familie ist eine von Gott begründete Gewalt; sie ist die erste und wichtigste Stufe im ganzen gesellschaftlichen Organismus der Menschheit, ein Pfeiler, der allein das Ganze zu tragen vermag, auf dem sich Kirche und Staat aufbauen. In ihr, der von Gott eingesetzten Schule, werden die Keime aller Gesittung gelegt. Alles, was die Familie schädigt, beschädigt den Menschen am tiefsten, denn innerhalb

* „Aber Fabrikarbeit verheirateter Frauen.“ Von Rose Otto, Doktor der Staatswissenschaft. Münchener volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Enjo Brentano und Walter Loh. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger.

ihrer schützenden Schranken wird die Kulturarbeit am einzelnen Menschen und damit am ganzen Menschengeschlecht verrichtet. Und die Mutter ist es, die bei dieser Aufgabe die erste Stelle einnimmt." Von diesen Anschauungen ausgehend forderte Ketteler und fordert ihm folgend das Zentrum bis zum heutigen Tage Schutz der Arbeiterin, insbesondere der verheirateten, nicht um ihr die Fabrikarbeit zu ermöglichen, sondern um zum mindesten die Ehefrau aus der Fabrik hinauszudrängen. "Das Zurückführen der Frau aus der Fabrik in die Familie, damit sie ihrem Manne ein Heim bereite, ihren Kindern, die ihr von Gott gegeben, eine Erzieherin sein könne, sollte die soziale Frage lösen. Den neu andrängenden Forderungen der Frauenwelt nach Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten und nach Gleichstellung mit dem Manne stand die katholische Welt anfangs ganz ablehnend gegenüber. Als Grundsatz des Offenbarungsglaubens galt, daß das Weib in der Ehe dem Manne unterworfen sei. Es durfte also dem Manne nicht gleichgestellt werden, um nicht die von Gott gewollte Unterordnung der Frau unter den Mann zu brechen. Der Anspruch auf Ebenbürtigkeit in der Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet wurde zurückgewiesen. Es galt die durch die Jahrhunderte geheiligte Stellung der Frau als Hüterin des Hauses, als Erzieherin ihrer Kinder zu erhalten, um die im Familienleben wurzelnden sittlichen Faktoren für den einzelnen wie für die Gesamtheit wirksam werden zu lassen. Eine wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau hätte die patriarchalische Familienordnung gestürzt, was zugleich eine Erschütterung des Autoritätsgedankens bedeutet hätte."

Aus dem gleichen Grunde und in der gleichen Weise forderten auch die Vertreter der evangelischen Kirche, zum Beispiel Stöcker, Abschaffung der Arbeit verheirateter Frauen in Fabriken. Das Unternehmertum widersetzte sich jeder Schutzbestimmung, die seine Ausbeutungsmöglichkeiten einschränkte. Besonders als sich nach Gründung des Reiches die Industrie mächtig entfaltete, proklamierte es das alte Manchesterprinzip des freien Spieles der Kräfte, das durch staatliche und gesetzliche Einmischung nicht gestört werden dürfe. Eduard Lasker, der Führer des Liberalismus, erklärte sogar die Forderung nach Schutz der Schwangeren "für komisch", für einen Verstoß gegen die Regeln der Natur — wieder ein Beweis, wie jede herrschende Klasse die ihr gewinnbringende Wirtschaftsweise als die allein naturgemäße hinstellt. "Es geht ihr," schreibt Marx, "wie es den Theologen geht; jede Religion außer der ihrigen ist eine Erfindung der Menschen, während die ihrige eine Offenbarung Gottes ist."

Kennzeichnend für das Verhalten des Zentrums ist auch eine von Rose Otto zitierte Ausrufung Windthorst's. In den Tagen des "Kulturkampfes" hielt er seine Partei von sozialpolitischen Anträgen zurück, weil er zu einer Zeit, wo der Kurs noch durchaus manchesterlich war, die anderen bürgerlichen Parteien nicht noch mehr gegen das Zentrum ausbringen wollte "zum Schaden der Religion und Kirche".

Nur die Sozialdemokratie war es, die der Beurteilung der Frauenarbeit feste Prinzipien zugrunde legte, die der geschichtlichen Einsicht, der Gerechtigkeit und der Kulturentwicklung entsprachen. Sie erfaßte den wirtschaftlichen Kernpunkt der Arbeiterinnenfrage so, wie ihn Marx in seinem "Kapital" klargelegt hat: "Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie." Freilich wurde in dem ersten Jahrzehnt unserer Bewegung mitunter die Sehnsucht laut, der Lohn des Mannes möchte so weit steigen, daß die Frau nicht in die Fabrik zu gehen brauche. Auch sahen große Arbeitergruppen zunächst nur die lohndrückende Konkurrenz der Frauenarbeit und wollten diese daher gänzlich beseitigt wissen. Aber bereits das Gothaer Programm von 1875 forderte nicht das Verbot der Frauenarbeit, sondern nur das Verbot aller Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit. Und das Erfurter Programm von 1891 fordert Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in öffentlicher und

privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen, es fordert weiter das Verbot der Nachtarbeit sowohl für Frauen als auch für Männer, in gleicher Weise eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden in jeder Woche für beide Geschlechter, ebenso die Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags. Das Zentrum dagegen verlangte für die Frauen, insbesondere für die verheirateten, kürzere Arbeitszeit als für die Männer und für die Frauen das Verbot der Nachtarbeit. Die Verwirklichung der Forderung sollte vor allem dem Ziele dienen, die Ehefrau aus der Fabrik hinauszudrängen, damit sie ihren Pflichten im Hause, ihrer ersten und unveräußerlichen Aufgabe, Kinder zu erziehen, obliegen könne.

Gerade das Buch von Rose Otto, die auf bürgerlichem Boden steht, beweist mit Hilfe eines umfangreichen statistischen Materials, daß schon aus wirtschaftlichen Gründen die Beseitigung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen gar nicht möglich ist. Aus Zentrumskreisen besonders kommt immer wieder der Einwand, daß die Arbeit der verheirateten Frau in der Fabrik einen so geringen Verdienst bringe, daß er durch die Vernachlässigung des Haushaltes aufgewogen oder gar übertroffen werde. Entgegen dieser Behauptung zeigt Rose Otto an zahlreichen Haushaltrechnungen, daß der Verdienst der Frau eine Rolle spielt, "weil er zu einem Einkommen tritt, das auch nicht annähernd zur Bedürfnisbefriedigung der Familie genügt", ferner daß ohne Frauenarbeit die ohnehin unzureichende Ernährung der Familie noch verschlechtert würde. Aber sie hebt auch hervor, daß die Ehefrau durch die Fabrikarbeit ganz ungeheuer belastet wird, da doch die Frau "zwei Pflichtenkreise" zu bewältigen habe. "Die Ursache, die fast überall die Frauen zur Fabrikarbeit zwingt, das ist die Not." Darin gipfeln die Ausführungen des wie schon gesagt sehr beachtenswerten Buches von Rose Otto. Aber mit dieser Feststellung ist die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit nicht erschöpft. "Die Frau des Proletariats hat ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt, aber weder als Mensch, noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen läßt. Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Manne ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. . . . Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft." (Genossin Zeitlin auf dem Parteitag zu Gotha 1896.) Zu diesem Kampfe bedarf die Arbeiterin vor allen Dingen körperlicher und geistiger Kraft, die sie nur durch genügende Arbeitsruhe erlangen kann. Die Eroberung des Achtstundentags für den Mann wie für die Frau ist eine unerlässliche Etappe auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse.

"Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind,

Mein Weib,

Wir haben auch Arbeit, und gar zuweilt,
Und haben die Sonne und Regen und Wind,
Und uns fehlt nur eine Kleinigkeit,
Um so frei zu sein, wie die Vögel sind:

Nur Zeit."

Die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse haben die Befreiung des Proletariats in greifbare Nähe gerückt. Bis zum nächstjährigen 1. Mai wird eine Entscheidung gefallen sein, die uns der Erringung des Achtstundentags wieder einen Schritt näher bringt.

"Nur Zeit! Wir wittern Gewitterwind,

Wir Volk.

Nur eine kleine Ewigkeit;
Uns fehlt ja nichts, mein Weib, mein Kind,
Als all das, was durch uns gedeiht,
Um so kühn zu sein, wie die Vögel sind.

Nur Zeit."

Mathilde Wurm.

Was fordern die Hausangestellten von der Gesetzgebung?

Gleiches Recht, gesetzlicher Schutz gegen das Übermaß der Ausbeutung, soziale Fürsorge: das ist der Sehnsuchtschrei, der in allen Teilen Deutschlands von den Lippen der fünfviertel Millionen häuslicher Arbeiterinnen klingt.

Noch heute seufzen die Hausangestellten unter dem harten Druck der Gesindeordnungen, die den Geist der Vergangenheit atmen und einseitig nur Rechte der Herrschaften kennen. Der Koalitionsfreiheit beraubt, ist es den Dienenden unmöglich, durch den Streik sich gegen unwürdige Arbeitsbedingungen aufzulehnen und ihren Forderungen nach der notwendigen Verbesserung ihrer Lage starken Nachdruck zu verleihen. Lange, viel zu lange haben sie ihr Geschick schweigend getragen. Hinter der dichten Decke der Gleichgültigkeit, der Verständnislosigkeit ihres Loses lagen sie im tiefen Dornröschenschlaf. Noch zur Zeit der Jahrhundertwende spürte man keinen Hauch ihres Erwachens, und so konnte das bürgerliche Gesetzbuch den himmelschreienden Mißstand der Gesindeordnungen sanktionieren. Achlos schritt die Sozialgesetzgebung bis jetzt an den Leiden und Interessen der Dienstmädchen vorüber, sie der grenzenlosen Ausbeutung durch ihre „gnädigen“ und ungnädigen Herrschaften überlassend. Raketen gleich beleuchteten dann und wann skandalöse Vorgänge das tiefe Elend dieser Hunderttausende von Töchtern des Volkes; nur ganz selten erscholl aus ihren eigenen Reihen eine verzweiflungsvolle Klage.

Endlich aber brannte der Frühlingssturm daher, der auch diese Unfreien und Ausgebeuteten erweckte. Die Ideen der modernen Arbeiterbewegung von dem Rechte, der Würde aller, die — ohne Unterschied der beruflichen Tätigkeit — arbeitend ihr Brot erwerben, fanden auch bei ihnen einen starken Widerhall. Den Hausflavinnen klang es mahrend an das Ohr: Erwachet und kämpfet! Nun wurden ihre Klagen lebendig und fanden ihren Weg in die Öffentlichkeit. In allen Großstädten, aber auch in Mittel- und sogar in Kleinstädten riefen sich Hausangestellte den Schlaf aus den Augen und stellten sich in Reih' und Glied, denn sie hatten erkannt, daß Einigkeit stark macht. Ihre lokalen Organisationen schlossen sie zu einem Verband zusammen, damit sie sich nicht mit dem Wünschen begnügen müssen, sondern Forderungen laut und nachdrücklich erheben können. Zum Schrecken des arbeitersfeindlichen Zentrums mußte sich der bayerische Landtag mit Eingaben der Hausangestellten beschäftigen, welche die Macht der Gesetzgebung zur Hebung ihrer Lage anriefen; der schwarzblaue Reichstag wurde mit Resolutionen attackiert, die gleiches Recht und durchgreifende soziale Reformen für das sogenannte „Gesinde“ beehrten. Der Zentralverband der Hausangestellten trug die entsprechenden Forderungen unter immer breitere Massen von Dienenden. Vielen Tausenden von ihnen machte er die Erkenntnis zu eigen, daß die Fessel der Gesindeordnung gesprengt, daß die Fußangel des Dienstbuchs beseitigt werden muß. Längst ist das letztere anerkanntermaßen zum Instrument der tüchtigen Rache der Herrschaften geworden. Wer zählt die jungen vorwärtsstrebenden Mädchen, deren Fortkommen es verdorben, deren Ehre es gemenehelt hat? Aber das schreiende Unrecht der Gesindeordnungen ist kaum noch ein Wort zu verlieren. Wie für die gewerbliche, so muß auch für die häusliche Arbeiterschaft der freie Arbeitsvertrag die Bedingungen regeln.

Rechtsgleichheit der Dienenden, das heißt auch ihre Unterstellung unter die Gewerbeordnung und Anerkennung ihrer vollen Koalitionsfreiheit. Wir betonen die letztere Forderung besonders stark. Die Dienenden müssen so gut wie die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert den Kampf gegen die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, die kalt berechnende oder gedankenlose Unterdrückung ihres Menschentums aufnehmen können. Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! Diese Erkenntnis kann den Hausangestellten nur voll zugute kommen, wenn ihnen das Koalitionsrecht gesichert ist.

Eindringlichst rufen die Verhältnisse der Dienenden aber auch nach einer durchgreifenden gesetzlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, deren Eckstein die Verkürzung der Arbeitszeit sein

muß. Das Gesetz legt für die Industriearbeiterinnen einen Maximalarbeitsstag von 10 Stunden fest, die Nacht- und Sonntagsruhe. Wie aber steht es mit der Arbeitszeit der Hausangestellten? Für sie gibt es keinen geregelten Arbeitstag, keine bestimmte Sonntagsruhe, keinen gesicherten Nachtschlaf; der Vorteil, die Bequemlichkeit, die Willkür der Herrschaft entscheiden allein über die Arbeitszeit. Nicht einmal den Kindern und Jugendlichen unter den Dienenden ist in dieser Hinsicht gesetzlicher Schutz gewährt. Wie oft hört man klagen: „Meine Tochter ist noch nicht 14 Jahre alt, sie muß bei ihrer Herrschaft 18 Stunden täglich arbeiten und auch des Sonntags bis in die Nacht hinein. Darf denn das sein?“ Die Antwort muß leider bestätigen, daß die Arbeitszeit im Belieben der Herrschaft steht, „von Rechts wegen“, daß das Gesetz keine Handhabe bietet, solchem gemeingefährlichen Unfug zu steuern. Es ist höchste Zeit, daß die Gesetzgebung dagegen einschreitet. Als Mindestreformen sind zunächst zu verlangen: ein geregelter Arbeitstag und gesicherte Nachtruhe, der freie Sonntagnachmittag und ein voller freier Tag alle zwei Wochen. Daß die Verwirklichung dieser Forderungen nicht erst in Nirgendheim möglich ist, beweist ein Blick auf Australien. Dort ist schon längst der Achtstundentag für die Hausgehilfinnen eingeführt. Was in anderen Ländern besteht, sollte auch im Deutschen Reich möglich sein, dem von seinen offiziellen Bewunderern nachgerühmt wird, es marschiere an der Spitze der Sozialreform.

Freilich ist es nicht die Länge und Regellosigkeit der Arbeitszeit allein, welche die Gesundheit der Dienenden schwer schädigt. Da sind die oft geradezu schrecklichen Umstände, unter denen Tausende in Küche und Waschhaus schaffen müssen; da sind die Gefahren, die das Fensterputzen, das Rücken der Möbel, das Heben schwerer Lasten usw. mit sich bringen. Auch in dieser Hinsicht muß den Hausgehilfinnen gesetzlicher Schutz zuteil werden. Dringend sind insbesondere Bestimmungen, die menschenwürdige Schlaf- und Aufenthaltsträume vorschreiben. Ebenso gerechtfertigt ist aber auch eine andere Forderung. Im Falle von Krankheit, Unfall und Invaldität müssen die Hausgehilfinnen vollen Rechtsanspruch auf die Fürsorge haben, welche die soziale Versicherungsgesetzgebung gewährt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß diese Fürsorge unvollständig bleiben wird, solange den Dienenden nicht für die in Betracht kommenden Einrichtungen das uneingeschränkte Recht zur Beteiligung an der Selbstverwaltung zusteht.

Die Gleichstellung der Dienenden mit den gewerblichen Arbeitern begreift noch eine Forderung in sich: die Gründung von Sonderabteilungen für Dienstbotenstreitigkeiten an den Gewerbegerichten. Wie die Dinge liegen, müssen die Hausgehilfinnen davor zurückschrecken, ihre Streitigkeiten mit den Herrschaften vor dem Amtsgericht auszutragen. Tausende von Fällen, bei denen es meist um Kleinigkeiten geht, haben längst bewiesen, daß kurzer Klageweg und schnelle Rechtsprechung bitter not tut. Ähnlich wie die Kaufmannsgerichte den Gewerbegerichten angegliedert sind, können auch die geforderten Institutionen ihnen angeschlossen werden. Heute schon hat die Köchin im Gastwirts-gewerbe den freien Arbeitsvertrag mit vierzehntägiger Kündigung und Klagerecht am Gewerbegericht; auch die volle Koalitionsfreiheit steht ihr zu. Tritt aber dieselbe Köchin in den Dienst einer Privatherrschaft, so hat sie eventuell mit vierteljährlicher Kündigung zu rechnen, muß beim Amtsgericht klagen und untersteht der Gesindeordnung, ihrer Koalitionsfreiheit geht sie verlustig. Und doch handelt es sich um ein und dieselbe Tätigkeit!

Jede Seite des Lebens der Dienstboten zeigt die Verbesserungsbedürftigkeit ihrer Lage. Trotzdem haben sich die bürgerlichen Gesetzgeber bis jetzt mit der äußersten Hartnäckigkeit gegen all die Reformen gestäubt, welche die Sozialdemokratie zu ihren Gunsten geheißt hat. An den Hausgehilfinnen selbst ist es, diesen Forderungen den stärksten Nachdruck zu verleihen, indem sie ihren festen Willen erklären, trotz aller Hindernisse zu kämpfen, bis sie Wirklichkeit geworden sind. Das sind die häuslichen Arbeiterinnen dem Menschentum schuldig, das sie so lebendig, so freiheit- und glückverlangend in sich fühlen. Darum müssen sie dabei sein, wenn das aufgeklärte und organisierte Proletariat

am 1. Mai von den gesetzgebenden Gewalten den Achthunderttag und eine durchgreifende Sozialreform fordert. Es begehrt damit auch gleiches Recht und wirksamen Schutz für die Hausangestellten. Dort, wo die Massen der kämpfenden proletarischen Frauen und Männer sich sammeln, ertönt der Ruf: Fort mit der Gefindeordnung! Her mit der Koalitionsfreiheit, dem gesetzlichen Schutz, der Reichsversicherung für die Hausangestellten.

Helene Grünberg.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In Nr. 11 der „Gleichheit“ wurde von der Bewegung berichtet, die sich gegen die drohende Milchverteuerung in Frankfurt a. M. vorbereitete. Der Kampf ist jetzt aufs heftigste entbrannt. Unsere Protestversammlungen vom 30. Januar haben gezeigt, daß ein entschiedenes Handeln der Konsumenten notwendig ist, um die geplante neue Schröpfung zu verhindern. Vor zwei Jahren gelang es den Herren von der Landwirtschaft verhältnismäßig leicht, ihren Willen durchzusetzen, aber heuer liegt die Sache wesentlich anders. Der Steuer- und Zollwucher fordert den schärfsten Widerstand des arbeitenden Volkes gegen weitere Belastung heraus. Die Händlerschaft von Frankfurt und Umgebung ging in ihrer Mehrheit vor zwei Jahren mit den Agrariern, um sich mit ihnen in die Beute zu teilen. Diesmal hat sie sich mit den Konsumenten verbunden, und zwar ist dies das Verdienst der sozialdemokratischen Parteileitung und des Gewerkschaftsartikels. Die Händler wissen, daß eine weitere Preissteigerung den Verbrauch der Milch in den meisten Familien herabsetzen, ja in manchen ganz verbieten muß. Die Agrarier nennen es zwar eine „maßlose Übertreibung angesichts des Preises und des Nährwerts der Milch“, daß wir in einem Flugblatt die Tatsache feststellten, die Milch werde immer mehr als Medizin, denn als Nahrungsmittel verwandt. Aber nicht nur die Frauen, auch die Ärzte wissen es, daß der magere Geldbeutel der Arbeiter den notwendigen Verbrauch von Milch selbst in den Fällen nicht gestattet, in denen diese als Heilmittel verschrieben wird. Die Händler verweigern die Abnahme der seit dem 1. April verteuerten Milch und beziehen gemeinschaftlich große Mengen aus dem Ausland und den entfernteren Gegenden Deutschlands. Die Konsumenten schränken den Milchverbrauch ein, damit für Kranke und Säuglinge genügend Vorrat bleibt, und boykottieren alle Molkereiprodukte, um den Agrariern die sogenannte „Streitmilch“ nicht in anderer Form abzulaufen. Sie werden auch die Berechnung der Herren zuschanden machen, daß manche Proletarierin zum Osterfeste gern einen kleinen Kuchen bäckt und daher Butter usw. haben muß. Am 1. Mai, nach errungenem Siege, wird den Proletarierinnen, die sich das „leisten“ können, ein Kuchen viel besser als zu Ostern schmecken. In einem Flugblatt mahnen sich die Agrarier mit dem Nachweis, daß die Verteuerung der Milch gerecht und billig sei. Da lassen sie die gestiegenen Löhne in der Landwirtschaft aufmarschieren, von denen „niemand nichts weiß“, dann die Verteuerung der Lebensmittel, die in der Hauptsache durch und für die Herren geschaffen wurde, die sanitärpolizeilichen Vorschriften, die das Panschen nicht gestatten, die Laiten der Sozialgesetzgebung usw. Zum Schluß berufen sie sich auf die gestiegenen Viehpreise und vergessen zu sagen, wer denn diese in den großen Eädel steckt. Daß sich die arbeitende Bevölkerung Frankfurts nicht mir nichts dir nichts eine weitere Ausplünderung gefallen lassen wird, bezeugten Versammlungen, die sich neuerlich mit der Milchfrage beschäftigten. Diese Veranstaltungen lenkten auch bereits das Interesse der Frauen auf die kommenden Reichstagswahlen. Darüber referierte Genossin Greifenberg. In den Versammlungen wurden über hundert Mitglieder für die Partei, meist Frauen, und Abonnenten für die Parteipresse gewonnen. Der Frauentag hat uns an die sechzig neue weibliche Mitglieder gebracht. Die tätigen Genossinnen sind rühmig dabei, die Hausagitation vorzubereiten, die sie nach Ostern durchführen wollen. Mit Freuden können wir konstatieren, daß die proletarische Frauenbewegung in Frankfurt, die bisher im allgemeinen etwas schwerfällig vorwärtsschritt, einen kräftigen Aufschwung nimmt. Sophie Ennenbaek.

Aber die Forderung des Frauenwahlrechts sprach Genossin Hennig-Leipzig im März in verschiedenen Orten. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung in Seefeld am 18. März schloß sich an den Vortrag eine lebhaft diskutierte. In Leipzig-Ost erörterte Genossin Hennig die Frage in dem Diskussionsabend für Frauen, in Stütz-Leipzig in dem allgemeinen Diskussionsabend. Am 19. März sprach sie in einer Versammlung zu Grimma, deren Besuch zwar gut war, jedoch noch weit besser hätte sein können. Sommerhin wurden in Grimma 22 Mitglieder in die Partei auf-

genommen. Es hätte nichts geschadet, wenn die einzelnen Wahlkreise die zum Frauentag herausgegebene Frauenwahlrechtszeitung in viel größerer Zahl verbreitet hätten. Gar mancher Ort hat nicht ein einziges Exemplar dieser wertvollen Agitationschrift erhalten. Überall zeigte sich, daß die Frauen lebhaften Anteil am politischen Leben nehmen und sich besonders für die Forderung des Frauenwahlrechts interessieren. Wir wollen dafür sorgen, daß diese Teilnahme an der Bewegung rege bleibt und immer größere Schichten proletarischer Frauen erfasst.

A. Hg.

Mitte März fanden im Wahlkreis Friedberg-Büdingen eine Anzahl Frauenversammlungen statt, in denen Genossin Friedländer-Berlin über das Thema „Die Lebensmittelteuerung und die Stellung der Frauen zu den Reichstagswahlen“ referierte. Obwohl wir bei Wahlen in diesem Kreise stets gute Resultate erzielen, läßt hier die politische Organisation zu wünschen übrig. Wir haben es in diesem Kreise mit vorwiegend kleinbäuerlicher Bevölkerung zu tun, der ja der Organisationsgedanke ferner liegt als den Arbeitern. Ist die Organisation der Männer schon schwer, so noch schwerer die der Frauen. Ihre Beschäftigung ist die Hauswirtschaft und das Bestellen des eigenen Grund und Bodens; nur hin und wieder arbeiten sie bei einem größeren Bauern im Tagelohn. Bisher gehörten den einzelnen Wahlvereinen keine weiblichen Mitglieder an. Der Versuch der Parteileitung, durch Frauenversammlungen solche in den Orten zu gewinnen, gelang über Erwarten gut. Die Frauen folgten überall in großer Zahl dem Rufe der Partei zu den Versammlungen. Es war in fast allen Orten das erste Mal, daß eine Frau referierte. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß an den Versammlungen viele Angehörige der bürgerlichen Klassen teilnahmen, auch Pfarrer und Lehrer, von denen allerdings keiner das Wort ergriff. Die Vortragende sprach so einfach wie nur möglich und gewann durch ihre Ausführungen überall zahlreiche Frauen für die Sache der Sozialdemokratie. Im Dorf Steinbach wurden von 150 Anwesenden 85 in die Partei aufgenommen, in Rodheim von 250 Personen 88, in Holzhausen 46 von 400; in Bilbel war die Versammlung schlecht besucht, doch traten von den 130 Anwesenden 44 der Organisation bei. In allen Orten, wo Versammlungen stattfanden, ward der Anfang mit der Frauenorganisation gemacht. Hoffentlich gelingt es, die neugeworbenen Genossinnen festzuhalten, damit durch sie unter der weiblichen ländlichen Bevölkerung persönliche Agitation getrieben wird.

In einer Anzahl Orten Thüringens, unter anderen in Weida, Jena, Burgau, Lichtenhain, Apolda, Gotha, Frauenreuth, Zeulenroda, Ruhla, Erfurt, veranstalteten die Bildungsausschüsse der Partei Lichtbildervorträge für Frauen. Genossin Wartenberg-Altona sprach über „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart mit seinen ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit“. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht, mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Frauen die Ausführungen der Referentin. In klarer und überzeugender Weise wies sie nach, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem mehr und mehr Frauen zur Erwerbstätigkeit zwingt, sie schlecht entlohnt und ihre Gesundheit ruiniert. In immer größerem Umfange treten Frauenkrankheiten auf, an denen zwar die sozialen Verhältnisse die Hauptschuld tragen, für die aber auch alte Vorurteile und mangelnde Aufklärung mit verantwortlich sind. Genossin Wartenberg erörterte in diesem Zusammenhang auch die Frage der sexuellen Aufklärung der Jugend. Im zweiten Teil ihres Vortrags zeigte sie an guten Lichtbildern den weiblichen Körper im gesunden und kranken Zustande, wobei sie besonders auf die Schäden hinwies, die das Korsett hervorruft. Daß die Frauen nach Aufklärung über Gesundheitsfragen verlangen, bewies überall ihre starke Beteiligung an den Veranstaltungen. In Erfurt waren über 800 Frauen anwesend, eine Zahl, die dort wohl noch keine andere Frauenversammlung erreicht hat. Die Veranstaltungen boten Gelegenheit, zahlreiche Frauen in die Partei aufzunehmen, in Lichtenhain wurden ihr die ersten weiblichen Mitglieder zugeführt.

E. P., Jena.

Bericht der Kinderschutzkommission Leipzig. Verhältnismäßig wenig Beschwerden liefen bei der Kinderschutzkommission der Genossinnen im vergangenen Tätigkeitsjahr ein. Zum Teil mag das daran liegen, daß das Adressenverzeichnis der Mitglieder der Kommission leider mehrere Monate in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht erschien. Die Kommission griff in zehn Fällen ein, in denen Kinder vor Beginn des Schulunterrichts Milch und Zeitungen austragen mußten. Gegen einen Bäckermeister, dessen eigene Kinder das Frühstück vor Schulbeginn austragen, konnte nicht vorgegangen werden, weil bei der Verwendung eigener Kinder das Gesetz versagt. Solange das jetzige mangelhafte Kinderschutzgesetz gilt, ließe sich in ähnlichen Fällen nur etwas erreichen, wenn die Schulbehörden gegen die Tätigkeit der Kinder Einspruch erheben

würden. Ebenfalls infolge der Unzulänglichkeit des Gesetzes konnte die übermäßige Beschäftigung eines Knaben in der Landwirtschaft nicht verhindert werden. In einem Falle, in dem minderjährige Mädchen an Sonnabenden länger als gesetzlich zulässig arbeiten mußten, wurde — wie die Revision ergab — dank dem Einschreiten der Kommission Abhilfe geschaffen. Erfolg hatten wir auch durch eine Anzeige gegen eine Firma, die öfters Überstunden arbeiten ließ und diese auf der Tafel im Arbeitsraum nicht verzeichnete. Eine Nachrevision durch die Assistenten der Gewerbeinspektion ergab, daß nunmehr die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden.

Wiederum hatten wir Gelegenheit, den verderblichen Einfluß des Hansiers auf die Kinder festzustellen. Zwei Mädchen, die wiederholt beim Betteln angetroffen wurden, veranlaßten wir, Aufwartestellen anzunehmen. Leider gaben manchmal bettelnde Kinder falsche Adressen an, so daß wir keine Untersuchungen vornehmen konnten.

In zehn Fällen, in denen Kinder von ihren Eltern oder Pflegeeltern schlecht behandelt wurden, erreichten wir durch unsere Vermittlung und durch persönliche Verständigung mit den Eltern beziehungsweise Pflegeeltern eine bessere Behandlung der Kinder. Eines dieser Kinder, das von der Stiefmutter Mißhandlungen erfuhr, wurde in fremde Pflege gegeben und ein anderes bei seiner Großmutter untergebracht. Zwei Vätern, die in der Trunkenheit ihre Kinder erbarmungslos schlugen, wurde durch unser Eingreifen das Handwerk gelegt. In einem Falle, in dem ein Kind besonders schwer mißhandelt wurde und in dem es für uns unmöglich war, selbst mit den Eltern in Verbindung zu treten, schufen wir durch Vermittlung des Lehrers und des Schuldirektors Abhilfe. Eine Beschwerde, die uns zuging, führte zur Aufdeckung einer unerhörten Grausamkeit. Einem fünfjährigen Knaben pflegten die Eltern das Händchen in die Kopierpresse zu legen und zu quetschen. Dadurch wollten sie Geständnisse von Vergehen des Kindes erhalten. Ein Mitglied unserer Kommission setzte sich mit den Eltern ganz energisch auseinander. Die Leute fühlten sich anfangs darob auch noch gekränkt und behaupteten, diese Strafe erfolge, weil das Kind onantere, und im übrigen bekomme das Kind sein Essen und seinen Wein so gut wie die Eltern. Daraufhin machte natürlich unser Mitglied den Eltern klar, wie verderblich der Alkohol für Kinder wäre und daß gerade er die Ursache für diese Kinderumart sei. Ein zehnjähriger Knabe, der öfters in Gartenlauben nähtigte, gab an, daß er zu Hause viel geschlagen würde und wenig zu essen bekomme. Einmal fand man den Knaben am Straßenrand sitzend und weinend. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Angaben des Kindes unwahr waren. Jedenfalls ist der Knabe krankhaft veranlagt; er lag nicht nur, sondern stahl auch, konnte aber niemals hinterher Angaben machen, wo er die Sachen entwendet hatte. In seinem Falle wäre eine ganz besonders aufmerksame und verständnisvolle Erziehung nötig, die die krankhafte Veranlagung des Kindes berücksichtigt; doch können die Eltern, die beide auf Erwerbsarbeit gehen müssen, eine solche ihrem Kinde wohl kaum angedeihen lassen. Dreimal gingen der Kinderschuttkommission Beschwerden zu, daß Kinder sittlich gefährdet seien. Hier konnten unsere Genossinnen jedesmal Abhilfe schaffen. In zwei Fällen hatten infolge der Wohnungsnot die Kinder des Vermieters Gelegenheit, bei den Asternietern die intimsten Vorgänge zu beobachten, von denen sie dann ihren Spielgefährten weitererzählten. Im dritten Falle handelte es sich um das siebenjährige Mädchen einer Wasseuse, die diesen Beruf nur als Deckschild für ihr unsittliches Gewerbe benutzte. Durch das Beispiel zu Hause veranlaßt, verleitete das kleine Mädchen seine Spielgefährten zu schmutzigen Manipulationen. Dieser Fall wurde dem Fürsorgeamt übermittelt und das Kind in fremde Pflege untergebracht.

Verschiedentlich erhielten unsere Genossinnen Einblick in ganz traurige Wohnungsverhältnisse. So hauste eine schwer lungenkranke Frau mit zwei Kindern in einem Zimmer und die drei mußten auch in einem Bette schlafen. Die Frau mußte mit einem Armengeld von wöchentlich 4,50 M. auskommen, das erst auf Antrag auf 6 M. erhöht wurde. Durch Vermittlung des Armenpflegers kam die Frau ins Krankenhaus, wo sie bald darauf verstarb; die Kinder wurden im Waisenhaus untergebracht. Ein uneheliches Kind war bei zwei Frauen in Pflege, von denen eine lungenkrank war und die auch nur ein Zimmer zur Verfügung hatten. Das Kind wurde in andere Pflege gegeben. Ein Lehrling mußte unter dem Tuche in einem Lattenverschlag schlafen. Wir zeigten dies dem Gesundheitsamt an, welches veranlaßte, daß dem jungen Menschen ein besserer Schlafraum gegeben wurde.

In drei Fällen, in denen die Kinderschuttkommission zum Einschreiten aufgefordert worden war, ergaben Nachforschungen die Grundlosigkeit der Denunziationen. In allen übrigen Fällen traten

die Personen, die die Klagen vorbrachten, mit ihrem Namen für ihre Mitteilungen ein. In Ehestreitigkeiten zu vermitteln, lehnten unsere Genossinnen ab.

Mit diesem Berichtsjahr, das im Juli 1910 abschloß, hat die bisherige Kinderschuttkommission der Genossinnen für Leipzig ihre Tätigkeit beendet. Auf Grund des Beschlusses des Parteitags zu Leipzig fand eine Umgestaltung der Kommission statt, die der Organisation eine breitere und festere Grundlage gibt. In einer Parteiverammlung ist eine Zentralkommission gewählt worden, die aus zwei Mitgliedern der Gewerkschaften und einer Genossin besteht. Für den zwölften Reichstagswahlkreis wurden die Mitglieder der Kinderschuttkommission in den Bezirken gewählt. Im dreizehnten Reichstagswahlkreis, der 68 Ortsvereine umfaßt, fällt diesen Ortsvereinen die Aufgabe zu, je nach Bedarf Mitglieder in die Kommission zu entsenden. Gegenwärtig führt also eine größere Anzahl Genossen und Genossinnen den schwierigen, aber auch segensreichen Kampf für den Schutz der Kinder. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, die Beauftragten in ihrer bedeutungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Im Auftrag der Kinderschuttkommission der Leipziger Genossinnen:
A. Frenzel.

Politische Rundschau.

Die kommenden Reichstagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Die bürgerlichen Parteien arbeiten schon im Schweige ihres Angeichts Rezepte zur Beschwindelung der Wähler aus. Das Organ der Junkerpartei, die „Kreuzzeitung“, fordert die Konservativen auf, durch Flugblätter „mehr Aufklärung“ über die Reichsfinanzreform ins Volk zu tragen, damit die Entstellungen und Übertreibungen ihrer Gegner aufgedeckt würden. Wie das ehrenwerte Blatt diese „Aufklärung“ versteht, zeigt das folgende Beispiel. Unsere Parteipresse hatte neulich eine Zusammenstellung veröffentlicht, in der die Belastung einer Anzahl wichtiger Lebens- und Genussmittel, wie Kaffee, Tee, Bier, Tabak, Brauntwein, durch Steuern und Zölle dargelegt wurde. Mit Entrüstung rechnete nun die „Kreuzzeitung“ heraus, daß die sozialdemokratischen Feher diese Belastung viel zu hoch, teilweise um das Doppelte und Dreifache zu hoch angegeben hätten. Worauf beruht aber die Rechenkunst des Junkerblatts, die zu so unerwarteten Ergebnissen führt? Einfach darauf, daß es die Dreifachheit hatte, so zu tun, als ob wir vor der letzten Finanzreform in Deutschland keine indirekten Steuern und Zölle gehabt hätten. Die „Kreuzzeitung“ berechnet nämlich bloß die durch jene Reform neu hinzugelassenen Lasten, ohne mit einem Worte zu verraten, daß diese neuen Lasten nur die Ergänzung einer langen Liste früherer Steuern und Zölle bilden. Da haben wir ein Muster der Aufklärung des Volkes, wie sie sich die Junker wünschen. Sicherlich werden wir im Wahlkampf dieser Aufklärungsmethode in den Flugblättern der Konservativen häufig begegnen.

Ein anderer Wahlschwindel, den namentlich die national-liberale Presse eifrig betreibt, besteht darin, die Sozialdemokratie wieder einmal der Arbeiterfeindlichkeit zu beschuldigen. Die Blätter des Unternehmertums versichern nämlich, unsere Partei wolle die Arbeiter um die großen Vorteile bringen, die ihnen die neue Reichsversicherungssordnung angeblich gewähren würde. Und was das größte Verbrechen der Sozialdemokratie sei: sie suche die Fertigstellung dieses „großen sozialpolitischen Wertes“ aus ganz niedrigen egoistischen Gründen durch Obstruktion zu hintertreiben. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Regierung und bürgerliche Parteien haben sich vorgenommen, das für die Arbeiterklasse so außerordentlich wichtige Gesetz in der kurzen Zeit zwischen Ostern und Pfingsten durchzupfeifen. Da sich nun unsere Reichstagsabgeordneten dem sauberen Plane aus allen Kräften widersetzen, wie es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, so schreit die national-liberale Presse über Verrat an den Arbeitern. Wir täten es bloß, um den 5000 Agitatoren, das heißt den Krankenkassenbeamten, ihre „seltenen Pfünden“ zu erhalten, die durch die neue Reichsversicherungssordnung gefährdet seien. Wie der national-liberale Abgeordnete Horn aus Gera ausgeplaudert hat, soll die Vorlage im Reichstag nicht nach einzelnen Paragraphen, sondern nach ganzen Kapiteln behandelt und die Debatte durch Schuldanträge abgewürgt werden. Doch wird die Vereinigung der Junker, Pfaffen und der Nationalliberalen zur Verschlechterung der Arbeiterversicherungsgesetze auch mit diesem Schwindel keine Geschäfte machen. Jeder denkende Arbeiter sieht ein, daß die Durchpeitschung des Gesetzes nur im Interesse der Ausbeuter liegt. Denn die Unternehmer möchten die Entrechtung der Arbeiterklasse durch die neue Reichsversicherungssordnung möglichst schnell zu einem glücklichen Ende geführt sehen. Zugleich wollen sich Schnapsblock und Na-

nationalliberale vor den Wählern mit „positiver Arbeit“ brüsten können. Um so mehr liegt es aber im Interesse der Arbeiter, deren Haut hier zu Markte getragen wird, auf die sorgfältigste Beratung des Gesehentwurfes zu drängen. Die neue Versicherungsordnung enthält neben einzelnen kleinen Verbesserungen eine ganze Reihe bössartiger Verschlechterungen und vernichtet vor allem die Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in den Krankenkassen. Da ist es dringend notwendig, daß die Vertreter des Proletariats im Parlament die volle Möglichkeit haben, gegen die beabsichtigten Verschlechterungen zu kämpfen und die bürgerlichen Parteien in jedem einzelnen Falle auf ihre Arbeiterfeindschaft festzunageln. Namentlich gilt es, die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen bis zum äußersten zu verteidigen. Denn diese bedeutet, wie jedermann weiß, etwas ganz anderes als die angebliche Versorgung einer Anzahl sozialdemokratischer Agitatoren. Es handelt sich einfach um die Frage: sollen die Krankenkassen durch freigewählte Männer aus den eigenen Reihen des Proletariats verwaltet werden oder sollen sie Militärärzten und sonstigen Ordnungsfürsten ausgeliefert werden, die im besten Falle ganz beschränkte Bureaucraten sind.

Während so die nationalliberale Presse über die Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen die Reichsversicherungsordnung schreit, erfährt man aus den Organen der Agrarier, wo die wirklichen Feinde der Sozialreform stecken. Die „Deutsche Tageszeitung“ verrät, daß unter den Konservativen eine starke Strömung herrscht, die die ganze Reichsversicherungsordnung zum Scheitern bringen möchte. Den Großgrundbesitzern ist es schon ein Dorn im Auge, daß nach dem neuen Gesehentwurf die Krankenversicherung bis zu einem gewissen Grade auch auf das Gesinde und die Landarbeiter ausgedehnt und eine kümmerliche Witwen- und Waisenversicherung geschaffen werden soll. In diesem Falle müßten auch die edlen Ritter etwas zahlen, und darin sind die Herren bekannlich sehr empfindlich. Es ist sehr bezeichnend für die Angst der reaktionären Parteien vor den kommenden Reichstagswahlen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Konservativen trotzdem den Rat gibt, für die Reichsversicherung im Reichstag zu stimmen. Sie spricht offen die Befürchtung aus, der neue Reichstag würde es vielleicht nicht so billig tun wie der jetzige, in dem der schwarze Block und die Nationalliberalen herrschen. Für das drohende bescheldene Geldopfer bietet die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern einen hübschen Trost: die Landarbeiter sollen ja in den neu zu gründenden Landkrankenkassen gar keine Rechte haben. Es sei also dafür gesorgt, daß die Leistungen der Klassen und damit die Beiträge auf niedrigster Stufe gehalten werden. Ein Wink auch für die Arbeiter, wie wichtig es ist, das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen um jeden Preis zu verteidigen.

Die Vorbereitungen der bürgerlichen Parteien für die Wahlen sind in vollem Gange. In einer Reihe von Bezirken ist ein Abkommen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittler zusammen zustande gekommen. Danach werden die beiden Parteien in den meisten Kreisen gemeinsam aufmarschieren. In einem Teil der Wahlkreise werden die Fortschrittler schon im ersten Wahlgang für nationalliberale Kandidaten stimmen, in dem anderen umgekehrt die Nationalliberalen für Fortschrittler. Jedoch ist für wichtige Gebiete noch keine Einigung der liberalen Brüder erzielt worden, so für die preussischen Provinzen Rheinland, Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, den Bezirk Nassau, das Königreich Sachsen, Großherzogtum Hessen und Waldeck. Auch in den Gebieten, wo eine Verständigung erzielt wurde, ist noch nicht alles im Lot, da einzelne lokale Organisationen sich nicht fügen wollen. Die konservativen drohen indes, eigene Kandidaten auch in solchen Kreisen aufzustellen, wo sie keine Aussichten auf Sieg haben. Damit wollen sie die Liberalen zwingen, mit ihnen ein Abkommen zu treffen, wonach sich die Liberalen und Konservativen in allen Stichwahlen brüderlich aushelfen sollen, bei denen es gegen einen Sozialdemokraten geht. Nach allen bisherigen Erfahrungen, die erst jüngst durch die Gesehener Nachwahl von neuem bestätigt wurden, braucht es keines besonderen Druckes, damit sich die Liberalen wieder zu Handlangern der Reaktion hergeben. Andererseits wollen die Konservativen mit dem Zentrum Hand in Hand gehen und von vornherein auf eigene Kandidaten verzichten, wo sie dadurch den Sieg des Zentrums gefährden könnten. Seinerseits hat das Zentrum diese Taktik bereits in dem Aufruf seiner Fraktion proklamiert und auch schon praktisch betätigt. Im Wahlkreis Karlsruhe hat es zugunsten der viel schwächeren Konservativen auf eine Kandidatur verzichtet. Der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu einer reaktionären Masse gegen die Arbeiterklasse in der künftigen Wahlkampf wird immer deutlicher.

Der Reichstag ist in die Osterferien gegangen. Bei der Generaldebatte der dritten Lesung des Etats rechnete Genosse Ledebour

noch einmal scharf mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien ab. Er beleuchtete die ganze Lächerlichkeit des fortschrittlichen Ansinnens, die Sozialdemokratie solle in zweifelhaften Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaturen verzichten, nur um den Fortschrittler die Entscheidung zwischen Reaktion und Sozialdemokratie zu ersparen. Vor Tageschluss hat die Sozialdemokratie auch noch einen greifbaren Erfolg erzielt. Durch einen Antrag auf namentliche Abstimmung, der auch von den Fortschrittler gestellt wurde, ward eine Mehrheit herbeigeführt für die Beibehaltung der Heizerzulagen in der alten Höhe. Verschiedene Mitglieder der Rechten und des Zentrums hatten doch nicht den Mut, sich als Gegner der knappen Zulage für die schwer arbeitenden Heizer der Marine vor der Öffentlichkeit bloßzustellen. Immerhin stimmten 116 Abgeordnete für die Kürzung der Zulagen, und zwar die meisten Konservativen, Freikonservativen und Zentrumsleute; mit ihnen stimmten auch die Polen, aber angeblich nur aus Versehen.

Das Schicksal der Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen ist noch sehr ungewiß. Die Konservativen haben in der Presse und im preussischen Herrenhaus heftig gegen die „demokratische“ Vorlage protestiert. Sie versichern aber dabei, daß sie den sonst als Hausknecht ganz brauchbaren Reichskanzler deswegen nicht stürzen wollen. An dem Widerstand der Konservativen wird das Werk auch wohl nicht scheitern, da deren Bundesbruder, das Zentrum, aus Rücksicht auf seine Wähler in Elsaß-Lothringen großes Interesse an dem Zustandekommen der Verfassungsreform hat. Dennoch tat das Zentrum einige Tage lang so, als wolle es den Entwurf zu Fall bringen, weil er ihm unannehmbar sei. Was aber war es, was den Grimm des Zentrums herausforderte? Nicht das Mehrstimmenwahlrecht, nicht die Erste Kammer, nicht alle die un-demokratischen Bestimmungen, sondern die Wahlkreiseinteilung. Die Regierung hatte einen Entwurf vorgelegt, der eine annähernd gleichmäßige Größe der Wahlkreise vorsah, wie das erforderlich ist, soll jeder Wähler im Lande das gleiche Recht haben. Damit gerade war aber dem Zentrum nicht gedient. Es verlangt die Beibehaltung der Wahlkreiseinteilung nach den bestehenden Verwaltungsbezirken, weil diese ungerecht gewordene Einteilung ihm für geraume Zeit die Mehrheit sichert. Das Zentrum richtete daher die giftigsten Ausfälle gegen den elsass-lothringischen Unterstaatssekretär Mandel, den Verfasser des Entwurfes. Die Zentrumspresse bezichtigte ihn geradezu der Verschwendung mit den Sozialdemokraten zu dem Zwecke, eine liberal-sozialdemokratische Großblockmehrheit in den Reichsländern herzustellen. Die Hege hat ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Die Regierung hat sich dem Willen des Zentrums sofort unterworfen und läßt eine Wahlkreiseinteilung nach dem Herzen der regierenden Partei machen. Unterstaatssekretär Mandel aber wird über kurz oder lang „Gesundheitsrücksichten“ vorschützen müssen.

Gerade recht zur herannahenden Wahlkampf kommt die Enthüllung der „Täglichen Rundschau“, daß der Entwurf der Reichsfinanzreform schon bald nach den „nationalen“ Wahlen von 1907 fertiggestellt war. Bülow hatte ihn nur auf den Rat nationalliberaler Abgeordneter hin nicht sofort dem Reichstag vorgelegt, damit der liberal-konservative Block erst größere Festigkeit erlange. Konservative Abgeordnete waren, wie die „Deutsche Tageszeitung“ feststellte, gegen die Verschlebung. Die Mitteilung ist deshalb wertvoll, weil sie zeigt, wie schamlos die Wähler bei den „nationalen“ Wahlen beschwindelt worden sind. Bei der Regierung und den Führern der damaligen Regierungsparteien stand also schon während der Wahlen die Absicht fest, dem Volke neue ungeheure Lasten aufzubürden. Die Sozialdemokratie ihrerseits sah das Kommende voraus und warnte nachdrücklich die Wähler. Was aber haben die Blockparteien und die Regierung den Wählern gesagt? Die Regierung hat sich nicht geschaut, zwei Tage vor der Wahl in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu erklären, niemand denke an neue Steuern. Die bürgerlichen Politiker haben zu dieser faulsticken Lüge stillgeschwiegen. Und jetzt, wo der Tatbestand ans Licht kommt, da entrüstet sich kein bürgerliches Blatt über diese freche Beschwindelung der Wähler. Nicht einmal das Zentrum mußt auf, das doch damals selbst zur Opposition gehörte. Die Beschwindelung der Wähler halten eben alle bürgerlichen Parteien für ein ganz selbstverständliches Wahlmittel, ob sie nun regieren oder in der Opposition machen.

Im vierten Berliner Wahlkreis wurde für Paul Singer der Genosse Otto Bächner mit 69872 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Da die Konservativen sowohl wie die Fortschrittler auf die Aufstellung von Kandidaten verzichtet hatten, so kam ein richtiger Wahlkampf gar nicht zustande. Daher sank die Wahlbeteiligung, und es wurden über 12000 sozialdemokratische Stimmen weniger abgegeben als 1907. Verschiedene bürgerliche Blätter saßelten deshalb von einem Rückgang der Sozialdemokratie.

Die allgemeinen Wahlen dürften ihnen eine bittere Enttäuschung bringen.

In Frankreich tobt ein blutiger Aufstand der Winger in der Champagne. Ausgang und Folgen der Bewegung lassen sich noch nicht überblicken. — Das neue italienische Kabinett Giolitti hat im Parlament den Entwurf einer Wahlreform vorgelegt. Er bringt noch nicht das allgemeine Wahlrecht, nähert sich ihm aber und würde die Zahl der Wähler von rund 3 auf 8 Millionen steigern. Die Sozialisten im Parlament haben — mit Ausnahme zweier — die Unterstützung des Ministeriums beschlossen. Giolitti hat sie dafür in der Programmdebatte mit dem Kompliment geohrfeigt, daß die Sozialisten ihr Programm sehr gemildert und Karl Marx in die Rumpfkammer geworfen hätten. Die Fraktion hat sich nicht einmal dagegen verwahrt und hat das Kompliment stillschweigend eingestekt. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Mühsam arbeiten die Gewerkschaften sich auf dem steinigem Weg ihres Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit empor. Meist kann bei Lohnbewegungen und Tarifverträgen nur dort eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden, wo diese heute noch über 9 Stunden täglich beträgt. Das Bestreben geht vor allem dahin, den Neunstundentag auch in den kleineren Orten durchzuführen, wo die Proletarier recht oft noch erheblich länger fronen müssen. Die Arbeitsbedingungen daselbst sollen denen der Großstädte angenähert werden, ein Bestreben, in dem sich eine gute demokratische Tendenz äußert. Im Interesse der Arbeiterklasse als Gesamtheit liegt nicht sowohl, daß einige bessituierte Schichten für sich allein möglichst erträgliche Arbeitsbedingungen erreichen, als vielmehr, daß sich der Fortschritt immer möglichst gleichmäßig auf die gesamte Masse des Proletariats ausbreitet und allen zuteil wird. In Gewerben, in denen viel Arbeiterinnen beschäftigt werden, wird in letzter Zeit mit Nachdruck darum gekämpft, den freien Sonnabend nachmittag durchzusetzen. Dadurch würde allgemein die wöchentliche Arbeitszeit um drei Stunden verkürzt werden, pro Tag umgerechnet auf 8 $\frac{1}{2}$ Stunden. In sehr wenigen Gewerben ist bis jetzt die achtstündige Arbeitszeit errungen worden. Es ist nur dort der Fall gewesen, wo besondere Fabrikationsverhältnisse vorliegen und eine starke Organisation die Forderung zum Siege tragen konnte. Zu einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit für alle Lohnarbeitenden hat sich das Reich der „musterhaften“ Sozialreform bis jetzt nicht emporgeschwungen. Nicht einmal in jenen Industrien, wo des Arbeiters Gesundheit und Leben aufs höchste bedroht sind, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie, wagt der Staat dem profitwütigen Kapital wirksame Fesseln anzulegen. So müssen die Gewerkschaften aus eigener Kraft im unermüdlichen Kampfe die Verkürzung der Arbeitszeit Schritt für Schritt erobern. Sie haben diesem wichtigsten Ziel des wirtschaftlichen Kampfes stets ihre besten Kräfte gewidmet. Die Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutungsordnung selbst spornen sie immer dringender dazu an. Wie schwer sind nicht die Lasten, welche den Gewerkschaften durch die Unterstützung der Arbeitslosen auferlegt werden. Auch Kommunen haben sich gezwungen gesehen, dem Problem der Arbeitslosenunterstützung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und trotz alledem richtet sich das graue Elend der industriellen Reservearmee riesengroß empor. Das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit — sofern sie überhaupt in der heutigen Gesellschaft eingedämmt werden kann — wäre die gesetzliche Einführung des Achtstundentags. So mahnt der Maientag die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu einer machtvollen Demonstration für das Ziel, das dem wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse voranleuchtet: für den Achtstundentag!

Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird sich nach der nunmehr veröffentlichten Tagesordnung neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten und der Berichterstattung über die Tätigkeit der Generalkommission noch mit vielen wichtigen Gegenständen beschäftigen. So sind in der Tagesordnung aufgezählt: das Koalitionsrecht und der Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch, ferner Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung, Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben, endlich Bildungsbestrebungen sowie das Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.

Der Geschäftsbericht der Generalkommission gibt wieder Zeugnis von der vielseitigen Tätigkeit der gewerkschaftlichen Zentrale. Diese unterstützt eifrig die Organisation der Arbeiterklasse unter anderem auch dadurch, daß sie für einzelne Orte Zuschüsse zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären gewährt, ebenso

zur Gründung von Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen oder endlich auch zur Mietung von Versammlungslökalen. Besonders aber wirken für die Ausdehnung der Organisation die Agitationskommissionen mit angestellten Sekretären, wie sie für bestimmte Bezirke eingesetzt werden. So sind auch zwei der italienischen Sprache kundige Agitatoren angestellt worden. Während der Wintermonate gehen sie in jene Gegenden Italiens, aus denen eine starke Einwanderung von Proletariern nach Deutschland erfolgt, und suchen dort die Erd- und Ziegeleiarbeiter gewerkschaftlich aufzuklären. Der Agitation kommen auch die von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse zugute. Erweitern doch hier die Teilnehmer ihr Wissen, um es im Interesse der Arbeiterbewegung agitatorisch zu verwerten. Für die Aufklärung der Arbeiterinnen zu sorgen, ist Aufgabe des Arbeiterinnensekretariats. Im vorigen Jahre hat es außer der Vermittlung von Referentinnen, Ausarbeitung von Flugblättern, Versendung von Organisationsmaterial die Anregung gegeben, Beschwerdestellen für Arbeiterinnen zu errichten. Dieser nützlichen Anregung sind 45 Gewerkschaftskartelle nachgekommen. Der größere, allgemeinere Teil des Berichts der Generalkommission hebt die totale Unfruchtbarkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung des vorigen Jahres hervor. Er erörtert dabei auch die von der Generalkommission und den Zentralverbänden eingeleiteten Abwehrmaßnahmen gegen die Verschlechterungen der sozialpolitischen Gesetze, die von unseren Machthabern beabsichtigt werden.

Das Zentralarbeitersekretariat wurde im letzten Jahre noch mehr wie bisher in Anspruch genommen. Der Bericht über seine Tätigkeit stellt eine zunehmende Strenge und Schärfe in der Rechtsprechung fest. Sehr oft werden jetzt schon nach kurzer Zeit wieder Reuten gänzlich entzogen, die früher dauernd gewährt wurden.

Im Hamburger Holzgewerbe hat sich nach dem Scheitern der Aussperrung der Scharfmacher eine ziemlich kahenjammerstimmung bemächtigt. Die Unternehmer aller Industrien fürchten, daß ein Sieg der Holzarbeiter die Lohnsklaven anderer Gewerbe nach gleichen Erfolgen begehrlieh machen wird, und daher unterstützen sie die Holzindustriellen im Kampfe. Die Arbeiter sehen diesen Bemühungen gelassen zu, sie wissen, daß ihnen bei der gegenwärtigen Lage der Sieg zufallen muß.

Die Mannschaften der Oderschiffahrt haben ihre Bewegung um bessere Arbeitsbedingungen zu einem Abschluß gebracht, der ihren Forderungen im allgemeinen Rechnung trägt. Inzwischen haben aber die Unternehmer im Mannheim-Ludwigshafener Hafengebiet ausgesperrt. In letzter Zeit wurde namentlich von England aus der Plan eines internationalen Seemannsstreiks propagiert. Auch die Seeleute einiger anderen Länder haben sich auf einer Konferenz für diese Idee erklärt. Die Deutschen lehnten dagegen eine Beteiligung am Streik ab und die Schweden behielten sich eine Entscheidung auf Grund der Verhältnisse im eigenen Lande vor.

In der Schuhindustrie gibt es zurzeit an verschiedenen Orten Lohnbewegungen und Streiks, von denen die in Stuttgart und in Dresden am wichtigsten sind. Überhaupt sind jetzt in den verschiedenen Gewerben partielle Streiks ausgebrochen, die aber meist keine größere Ausdehnung annehmen. So rühren sich die Arbeiter in der Mühlenindustrie, ferner im Gärtnergewerbe, in der Steinindustrie, Lederindustrie und anderen.

Von dem Stande der Gelben hören wir durch den Jahresbericht des gelben Werkvereins der Maschinenfabrik in Augsburg, dem Ausgangspunkt der Bewegung. Trotzdem die Direktion den Terrorismus der Meister und Vorgesetzten begünstigt, ist der Mitgliederstand des Werkvereins in einem Jahre von 2550 auf 2410 gesunken, während die Fabrik in den letzten Jahren etwa 1000 Arbeiter mehr eingestellt hat. Von diesen 2410 Mitgliedern soll nach eigener Angabe der gelben Vertrauensleute obendrein nur die Hälfte Beiträge gezahlt haben. Inzwischen wächst die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter immer mehr. Die Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes in Augsburg, auf deren Vernichtung durch die Gelben es doch besonders abgesehen war, hat allein im Vorjahr 300 neue Mitglieder gewonnen.

Eine ehrende Anerkennung der deutschen Gewerkschaften, ihrer Einrichtungen und ihrer Methoden haben die belgischen Genossen ausgesprochen, die sich vor kurzer Zeit in Deutschland zum Studium der Arbeiterorganisationen aufhielten. Sie legten die Eindrücke und Lehren ihrer deutschen Reise in zwölf Thesen nieder, in denen die Organisation und das Wirken der deutschen Gewerkschaften als musterhaft für die ausländischen Proletarier gepriesen werden. Betont wird dabei, daß eine so strenge Trennung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter wie in Deutschland infolge besonderer nationaler und historischer Verhält-

nisse für Belgien nicht vorteilhaft wäre. Die Kleinheit des Landes und die Schärfe des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat stempelt dort jeden größeren gewerkschaftlichen Kampf von vornherein zu einem politischen. Im übrigen werden die Einrichtungen der deutschen Zentralverbände als nachahmenswert erklärt. Dieses Lob wird die Gewerkschaften anspornen, die Organisation immer besser auszubauen, immer kräftiger gegen den Feind zu rüsten: den ausbeutenden Kapitalismus. Es muß die noch gleichgültigen und unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mahnen, Schutz und Kampfesenergie gegen diesen Feind zu gewinnen durch den Beitritt zu den Gewerkschaftsverbänden. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Der von dem süddeutschen Arbeitgeberverband in Hof in Bayern begonnene Kampf um zwei Stunden Mehrarbeit am Samstagnachmittag geht weiter. Zu den 2100 Ausgesperrten werden in den nächsten Tagen noch einige tausend hinzukommen. Für die vom Kampfe betroffenen Hofer Fabriken sind die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes außerordentlich schädlich. Das Ziel des Kampfes steht in keinem Verhältnis zu den großen Opfern, die bisher schon gebracht werden mußten. Wegen der paar Arbeitsstunden des Samstagnachmittags, um die es sich in den drei Fabriken handelt, sind bis jetzt schon durch die Aussperrung so viele Arbeitsstunden ausgefallen, daß man dafür länger als zwei Jahre den freien Samstagnachmittag hätte gewähren können. Jedenfalls zeugt das Vorgehen der Unternehmerorganisation nicht von großer Umsicht und Klugheit. Und der Widerstand gegen die geringe Arbeitszeitverkürzung fällt in eine Zeit, in der die Baumwollfabriken Bayerns ausgezeichnete Geschäfte machen, wie die Abschlässe der Aktiengesellschaften beweisen. Die 81 Aktienunternehmungen hatten in den Jahren 1905 bis 1909 zusammen einen Reingewinn von 63586464 Mk. Das sind pro Fabrik 2051176 Mk. In diesem Zeitraum belief sich die niedrigste Durchschnittsdividende der 31 Betriebe auf 5,8 Prozent, die höchste auf 80,8 Prozent. Unter 10 Prozent Dividende verteilen nur 11 Betriebe. Die Bewegung der Chemnitzer Färbearbeiter hat sehr lebhaft eingeleitet. In einigen Betrieben sind bereits nennenswerte Erfolge zu verzeichnen. Recht interessant ist es, zu beobachten, wie die Unternehmer jede Gelegenheit benutzen, um ihre Profite zu steigern. Kaum hatten sich die Arbeiter zu regen begonnen, als auch schon 5 große Unternehmungen Schriftstücke an ihre Kundschaft versandten, worin sie anzeigten, daß infolge der fortwährenden Erhöhung der Arbeitslöhne eine Steigerung der Preise für das Färben von seidenen Stückwaren eintreten müsse. „Der bisher bewilligte Farbstoff kommt ab 1. März 1911 in Wegfall. Eine weitere Erhöhung der Farbpfeife um 20 Prozent muß ab 1. Mai dieses Jahres eintreten.“ Das ist kein schlechtes Geschäft. Dabei haben die Arbeiter seit vier Jahren überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten! Ja gerade die Firmen, welche das Schriftstück versandten, widerstehen sich am hartnäckigsten den Forderungen der Arbeiter. In eine Lohnbewegung sind die Samtweber des Rheinlandes getreten. Sie haben ihre Forderung vom vorigen Jahre erneuert und verlangen 10 Prozent Lohnerhöhung. Die Samtbranche hat jetzt Hochkonjunktur. Von der Mode außerordentlich begünstigt, haben die Samtfabriken zahlreiche Bestellungen. Es ist also nur recht und billig, wenn die Arbeiter nicht ruhig zusehen wollen, daß die Kapitalisten allein den Aufschwung ausnützen, sondern ihrerseits Lohnforderungen stellen. h. j.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Der Verband der Hausangestellten in Wien hat sich am 2. April konstituiert. Die Organisation trägt den Namen „Einigkeit“, Verband der im Hausdienst beschäftigten männlichen und weiblichen Personen aller Kategorien. Wie schon in den vorbereitenden Versammlungen beschlossen, wird von der sozialdemokratischen Partei ein eigenes Verbandsorgan für die Hausangestellten herausgegeben. Geschäftskundige Leute suchten ja bereits die starke Stütze unter den Dienstboten als eine gute „Konjunktur“ auszunutzen und gaben eine Wochenschrift: „Die österreichische Dienstboten-Zeitung“ heraus. Sie war sehr radikal gehalten, stellte die Dienstgeberinnen an den Pranger und griff auch die Polizei an. Die Mädchen jedoch empfanden sehr wohl, daß solch ein Blatt etwas ganz anderes ist als ein eigenes Organ, und forderten stürmisch ein Blatt, das im sozialdemokratischen Sinne ihre Interessen vertritt. Das neue Verbandsorgan, das ebenfalls den Titel „Einigkeit“ trägt, ist bereits erschienen. Es gelangt vorläufig einmal im Monat vier Seiten stark zur Ausgabe, doch ist zu hoffen, daß es bald öfter und in stärkerem Umfang wird erscheinen können.

Die neugeschaffene Organisation tritt offen als sozialdemokratisch auf. Die österreichischen Genossinnen hatten anfangs überlegt, ob die Klugheit nicht eine andere Taktik gebiete. Da aber bekannte Sozialdemokratinnen jene Versammlungen der Dienstboten einberiefen und leiteten, aus denen der Verband entstanden ist, so hätte es wohl wenig Zweck, seinen sozialdemokratischen Charakter zu verbergen. Der gerade offene Weg erschien auch hier als der beste. Die ganze Tätigkeit der Organisation würde doch immer sozialdemokratisch bleiben, wenn auch das Wort vermieden wäre.

An der Spitze des Verbandes steht die Köchin Gisela Lafertl, eine Genossin, die sich im Dienste der Partei bereits bewährt hat und auch instande ist, die Interessen ihrer Arbeitsschwestern in Wort und Schrift zu vertreten. Es wird vom Verband ein Eintrittsgeld von 50 Heller und ein Monatsbeitrag in derselben Höhe erhoben. Die Organisation zählt in Wien bereits 520 Mitglieder. Da sie ihre Wirksamkeit auf ganz Österreich erstreckt, werden wohl bald Ortsgruppen in der Provinz entstehen. Mit dieser Gründung hat sich die Sozialdemokratie eine neue wichtige Waffe zur Verteidigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten geschaffen. Wenn man sich auch der Schwierigkeiten wohl bewußt bleibt, die sich unserer Werbearbeit gerade in dieser Schicht des Proletariats entgegenstellen, so ist doch zu hoffen, daß die Dienstbotenorganisation der österreichischen Sozialdemokratie an Umfang und Bedeutung rasch zunehmen wird. Dafür bürgt schon die Begeisterung, mit der die Gründung von den Hausangestellten aufgenommen wurde. a. p.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

L. K. Die sozialistische Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten hat das vergangene Tätigkeitsjahr mit gutem Erfolg abgeschlossen. Das geht aus dem Bericht hervor, den Genossin Hudson, die Sekretärin des nationalen Frauenkomitees der Sozialistischen Partei, deren Vorstand erstattet hat. Das Komitee verschickte an alle Lokalsektionen der Partei ein Rundschreiben, das die notwendige Gründung besonderer lokaler Frauenkomitees nachwies, welche die Agitation unter den Frauen und ihre theoretische und praktische Schulung planmäßig betreiben sollen. Es unterhielt regelmäßige Verbindung mit den Frauenkomitees, die bereits bestanden oder geschaffen wurden, und deren Zahl am Jahreschluss 156 betrug. Es stellte ein festes Arbeitsprogramm für das neue Jahr auf, es organisierte eine stattliche Zahl Agitationstouren, die der Aufklärung der Frauen dienten. Nach einer Umfrage in der Partei waren in 125 Lokalsektionen zusammen 1550 Frauen politisch organisiert. Diese Ziffer gibt jedoch keinen Anhaltspunkt, wie groß die Zahl der weiblichen Parteimitglieder insgesamt ist, da die Umfrage nur 125 von 3200 Lokalvereinen erfaßt hat. In der Partei ist erst seit Mai 1910 eine systematische Tätigkeit dafür entfaltet worden, die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. Die Notwendigkeit solchen Wirkens fand immer allgemeinere Anerkennung, und die Parteileitung ließ sich angelegen sein, die entsprechenden Bestrebungen des siebenjährigen Frauenkomitees tatkräftig zu unterstützen. In seinem Rundschreiben an die Lokalorganisationen hatte dieses angeregt, für jeden einzelnen Bundesstaat der Union ein ähnliches Komitee zu konstituieren, das durch eine erwählte Korrespondentin in regelmäßiger Verbindung mit ihm selbst als der Zentrale stehe. Diese Anregung ist in Iowa, Illinois, Colorado, Washington und Arkansas bereits in die Praxis umgesetzt worden, in anderen Staaten stand ihre Verwirklichung in Aussicht. Die einzelstaatlichen Frauenkomitees haben die Aufgabe, innerhalb ihres Landes die Gründung von lokalen Frauenkomitees in die Wege zu leiten, in reger Fühlung mit ihnen zu bleiben und ihre Tätigkeit zu bestimmen und zu fördern. Die organisierten Genossinnen haben im vergangenen Jahre die Aktionen der Partei nach besten Kräften unterstützt, wie auch Gewerkschaftskämpfe, an denen Arbeiterinnen beteiligt waren. In erster Linie gilt das von dem großen Ausstand der Konfektionsarbeiterinnen. Das Frauenkomitee von Chicago veranlaßte die Ausgabe einer Extranummer des „Daily Socialist“ („Sozialistisches Tagesblatt“), die zum Westen der Streikklasse verkauft wurde und 3764 Dollar einbrachte. Es fand dabei die freudige Mitwirkung der Genossinnen der Frauengewerkschaftsliga und der Liga sozialistischer Frauen, und sein Vorgehen hat außerordentlich viel dazu beigetragen, eine engere Verbindung zwischen der sozialistischen Bewegung und den Gewerkschaften der Stadt herbeizuführen. In Coffeyville, Kansas, agitierte das sozialistische Frauenkomitee gegen die Errichtung eines Arsenal, über die ein Referendum entscheiden sollte, indem seine Mitglieder an die Türklinke jeder Wohnung eine Karte befestigten, die einen scharfen Protest gegen den Antrag enthielt. Dieser Agitation wird ein großer Teil Verdienst daran zugeschrieben,

daß die Abstimmung gegen das Arsenal entschied. In der ganzen Union haben die Frauen eine rührige Tätigkeit zur Verbreitung sozialistischer Literatur entfaltet. Drei lokale Frauenausschüsse allein haben über 45 000 Stück Flugschriften unter die Massen gebracht. Das einsichtsvolle und opferfreudige Wirken der Genossinnen hat viel dazu beigetragen, daß das alte Vorurteil gegen die Parteiarbeit der Frauen durch eine hohe Wertschätzung ersetzt worden ist. So geht die Partei immer eifriger daran, der sozialistischen Frauenbewegung die Wege zu ebnen.

I. K. Fortschritte des Verbandes der sozialdemokratischen Frauenklubs in Holland verzeichnet der Jahresbericht dieser Organisation für 1910. Dem Verband sind jetzt 20 Einzelvereine angeschlossen, mit mehreren noch isolierten Klubs steht er in reger Verbindung. In Orten, wo eine Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, jedoch kein sozialdemokratischer Frauenklub besteht, suchten die Genossinnen durch Vertrauenspersonen die sozialistischen Ideen unter die Proletarierinnen zu tragen. Die Auflage der „Proletarischen Vrouw“ ist von 1650 auf 2250 gestiegen. Der Verband hat im verflossenen Jahre mit voller Kraft im Dienste der Wahlrechtsbewegung gearbeitet. Er ließ sich angelegen sein, die arbeitenden Frauen davon zu überzeugen, daß sie des allgemeinen, gleichen Wahlrechts so dringend bedürfen wie die Männer, daß sie daher für seine Eroberung kämpfen müssen. Er nutzte dabei die Gelegenheit zur Aufklärung über das arbeiterfeindliche, reaktionäre Wesen eines beschränkten Damenwahlrechts und zeigte den Proletarierinnen, daß ihr Platz nicht an der Seite der Frauenrechtlerinnen sein kann, denen eine solche Verhöhnung des Bürgerrechts aller genügen würde, sondern in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Auch für andere sozialdemokratische Forderungen und Aktionen suchte der Verband das Verständnis der proletarischen Frauen zu wecken. Das Zusammenarbeiten der Genossinnen mit der Partei ist daher immer besser und fester geworden, und diese hoffen, daß die vorteilhafte Entwicklung noch weiter gefördert wird, wenn der Parteitag dem Antrag des Verbandes zustimmt, diesem eine besondere Vertretung zu den Parteikongressen und finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Frauenstimmrecht.

Für das allgemeine Wahlrecht der großjährigen Männer und Frauen in Elsaß-Lothringen führt die Sozialdemokratie im Reichstag wie bei ihrer Agitation im Reichsland den Kampf weiter. Keine einzige bürgerliche Partei hat sich wie sie für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts erklärt. Dagegen hat der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht in Straßburg, Kolmar und Metz öffentliche Versammlungen veranstaltet, die zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage Stellung nahmen. Zur Annahme gelangte eine Resolution, die für das Reichsland volles Selbstverwaltungsrecht fordert, wie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen.

Der Kampf für das beschränkte Frauenwahlrecht in England ist wieder lebhafter entbrannt. Der Zufall des Todes hat entschieden, daß bereits am 5. Mai im Parlament eine Frauenwahlrechtsbill zur Verhandlung gelangt, die von Sir George Kemp eingebracht worden ist. Sie ist noch undemokratischer, reaktionärer als selbst die berühmte „Versöhnungsbill“; erlangte sie Gesetzeskraft, so würde nur eine winzige Minderheit des weiblichen Geschlechts politisches Bürgerrecht erhalten. Dieses soll nur solchen Frauen zuerkannt werden, die selbständige Haushaltungsvorstände sind. Auf Grund dieser Bestimmung würden neben einer kleinen Zahl lediger und verwitweter Frauen nur solche verheiratete wahlberechtigt werden, die auf ihren eigenen Namen einen zweiten Haushalt außerhalb des Wahlkreises unterhalten, in dem ihr Ehegatte stimmberechtigt ist. Bekanntlich hat die am Kluder befindliche liberale Regierung erklärt, nur ein Frauenwahlrecht auf breiter demokratischer Basis annehmen zu wollen. Es wird sich nun zeigen, ob im Parlament eine Mehrheit den Willen hat, die vorliegende Skizze des Frauenwahlrechts so auszugestalten, daß eine solche Basis geschaffen wird. Die Frauenrechtlerinnen entfalten eine rührige Tätigkeit, die nach wie vor dem „Frauenwahlrecht“ allein gilt. Am 23. März fand in der großen Albert Hall unter Führung der „Sozialen und politischen Frauenunion“ ein Massenmeeting statt, das wie die früheren Demonstrationen einen glänzenden Verlauf nahm. Die Sammlung zugunsten der frauenrechtlerischen Kriegskasse ergab in kaum einer halben Stunde 6000 Pfund, 120 000 Mark; dieser hohe Betrag wirft ein helles Streiflicht darauf, aus welchen Verbitterungsschichten sich die Vorkämpferinnen für das Damenwahlrecht hauptsächlich rekrutieren. Für den 17. Juni ist eine weitere Demonstration der Frauenrechtlerinnen geplant. Um für ihre Forderung zu agitieren und einen Druck auf die Regierung auszuüben, sind die Damen auf ein neues Mittel verfallen: die Weigerung, sich in die Listen der alle zehn Jahre erfolgenden Volkszählung eintragen zu lassen, die am 2. April stattgefunden hat. Zahlreiche Frauenrechtlerinnen verließen an diesem Tage ihre Wohnung, um Unterkunft bei Gesinnungsgenossinnen zu suchen, welche die Zählungslisten unausgefüllt mit Vermerken zurückgeschickten wie: „Keine Stimme, kein Zensus“ oder: „Die Frauen zählen im Staate nicht mit, sie lehnen es ab, sich zählen zu lassen.“ Auf die Weigerung steht eine Geldbuße von 100 Mark oder Gefängnis. Eine größere Schar Frauenrechtlerinnen entzog sich der Zählung dadurch, daß sie auf dem Trafalgar Square promenierte, bis der Zählungstermin vorüber war.

Verschiedenes.

Die Flucht vor der Mutterschaft in Frankreich. Die Justiz der Bourgeoisrepublik bekommt manchmal — selten allerdings — Moralensfälle, in denen sie auch die Angehörigen der herrschenden Klasse nicht schont. So haben die Gerichte in der letzten Zeit eine Aktion gegen die Kindesabtreibung unternommen, die bekanntlich in Frankreich im weitesten Umfang praktiziert wird. In Paris ist ein Student aus reichem Hause verhaftet worden, der bei seiner Geliebten den verbotenen Eingriff vornehmen ließ, sowie der Mediziner, der dies für 50 Fr. besorgte. Für die herrschenden Anschauungen ist es charakteristisch, daß der Mediziner, der anscheinend solche Operationen wiederholt ausgeführt hat, im übrigen den besten Ruf besitzt und einer der begabtesten Studenten der Fakultät ist. Ein noch größeres Aufsehen erregte die Verhaftung eines angehenden Arztes in Biarritz, der als Adjunkt des Bürgermeisters auch in der lokalen Politik eine führende Rolle innehatte. Eine Reihe von Frauen hat schon eingestanden, daß er bei ihnen die Fruchtabtreibung vorgenommen hat. — Der „Matin“ veröffentlicht Gutachten medizinischer Autoritäten, die darauf hinweisen, daß — entgegen einer vielverbreiteten Meinung — die Abtreibung, auch wenn sie von kunstverständigen Händen ausgeführt werde, immer noch eine lebensgefährliche Operation bleibe und überaus häufig dauernde Störungen der Gesundheit zur Folge habe. Die Sitte der Abtreibung hat in Frankreich außerordentlich zugenommen, auf 100 Schwangerschaften entfallen heute 30 bis 40 Abtreibungen! Jetzt hat sich sogar auch der Erzbischof von Paris mit dieser Frage beschäftigt. In einem Rundschreiben an den Klerus seiner Diözese befiehlt er die Untersuchung der Ursachen des fortschreitenden Sinkens der Geburtenziffern und den Kampf der Priester gegen den Neomalthusianismus. Ob wohl Leute, die das Keuschheitsgelübde abgelegt haben, die besugten Streiter gegen die gewollte Kinderlosigkeit sind, das scheint uns fraglich, ganz abgesehen von den erbaulichen Fragen, die von eifrigen Priestern im Reichstuhl an Frauen und Mädchen gerichtet werden können. In der Aktion der Bourgeoisie gegen die Fruchtabtreibung steckt natürlich neben der Moralheuchelei auch ein Klasseninteresse. Solange die Vorbereitung und die Abtreibung vornehmlich in den Familien der ländlichen und städtischen Eigentümer herrschend waren, haben die Schützer der Sitte und der Volksgesundheit geschwiegen. Nunmehr aber, da sie auch im Proletariat um sich greift, den für die Industrie nötigen Nachwuchs an Arbeitern gefährdet und die Verstärkung der Militärmacht unmöglich macht, holt die Entrüstung zur strafrechtlichen Vergeltung aus. Darum aber bleibt es doch unbestritten, daß die gewohnheitsmäßige Abtreibung eine eminente Gefahr für die Gesundheit und Zukunft der Masse darstellt, und darum ist die neomalthusianische Propaganda, wie sie von vielen „insurrektionellen“ Sozialisten und Revolutionärsyndikalisten betrieben wird, ebenso antisozial wie anti-revolutionär. Die „Guerre Sociale“ könnte selbst recht haben, wenn sie erklärt, daß es in Frankreich keinen Studenten der Medizin gebe, der noch keine Abtreibung ausgeführt hätte, und sicher hat das Blatt recht, wenn es sagt, daß die Hebammen seit ein paar Jahrzehnten hauptsächlich von ihr leben; aber darin liegt keine Rechtfertigung der Abtreibung. Die sich ernst gebärdende „sozialrevolutionäre“ Rechtfertigung der Fruchtabtreibung wie Anpreisung und Feilbietung von Präservativen, die in französischen Arbeiterkreisen im Schwange steht, ist als sozialpolitisches Rezept von derselben Qualität wie das feudalkonservative Hohnwort vom „Eimer kalten Wassers“ zum Schutze gegen den Kinderreichtum und das von ihm in der kapitalistischen Gesellschaft verursachte Familienelend.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. S. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.